Nürnberg,
Dienstag, den 26 Januar 1932

Vierteljährlicher Bezugspreis 1.50 RM. Für Nichtmitglieder [illegible] — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtmitgliedliches ausgeschlossen) 0.30 RM. Alle Zahlungsanzeigen die Hälfte. Redaktionsschluß: Sonntag. Fernsprechnummer der Redaktion: Nürnberg 24403 — Anzeigenannahme und Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach). — Versandstelle: Essenweinstraße 1 — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989 Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Der Schuhmacher

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postamt 4 Abholfach.

Nr. 5
46. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Kontrolle der Preise

Der Kampf um die Handelsspanne

In den letzten Monaten sind bei verschiedenen Warengruppen, vor allem landwirtschaftlichen Erzeugnissen, starke Rückgänge der Erzeugerpreise zu verzeichnen, ohne daß die **Konsumentenpreise** für diese Produkte entsprechend gefallen wären. Während bei manchen Produkten wie beispielsweise Milch, Butter und Fleisch, die Erzeugerpreise teilweise um 30 bis 50 Prozent zurückgingen, blieb stabil die Handelsspanne, d. h. der Ersatz für alle diejenigen Kosten, welche die Bewegung der Ware, teilweise auch ihre Verarbeitung, vom Erzeugungsort bis zur Aushändigung an dem Konsumenten verursacht.

Nun sind Konsumenten ebenso wie Erzeuger gleicherweise an einer möglichst niedrigen Handelsspanne interessiert, so daß verständlicherweise von beiden Seiten Klagen über die überhöhte Handelsspanne geführt werden. Um hier zu einem richtigen Urteil zu kommen, ist es notwendig, nicht in den Fehler zu verfallen, die Handelsspanne einfach als Gewinn anzusehen, der in die Taschen des Handels fließt. Vielmehr entfallen auf die Handelsspanne alle jene Fracht-, Verarbeitungs- und sonstigen Kosten, die notwendig werden, um die Ware dem Verbraucher entsprechend seinen Wünschen nach Beschaffenheit, Lieferungsort und Lieferungszeit zur Verfügung zu stellen. Vielfach enthält die Handelsspanne auch eine „Handwerksspanne", nämlich überall da, wo, wie beispielsweise bei Brot und Fleisch, die Kosten für die handwerkliche Herrichtung der verkaufsfertigen Ware hinzutreten.

Die Gründe, die das geringe Absinken der Handelsspanne als der Erzeugerpreise erklärlich machen, sind verschiedener Art. In einem Aufsatz „Handelsspanne und Deflation", Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung, Dezember 1931, weist Professor Brandt darauf hin, daß einmal in der Krise infolge Preisfalls und mengenmäßigen Umsatzrückganges der Geldwert der umgesetzten Waren zurückgeht. So sank der Einzelhandelsumsatz 1931 gegenüber 1929 von 36 auf 28 Milliarden Mark. Da jedoch die meisten Unkosten des Handels wie Mieten, Lagerkosten, Frachten, Spesen für Post und Telefon, Fuhrkosten, Licht, Heizung oder Kühlung weitgehend starr sind und fest gegebene Kosten (fixe Kosten) darstellen, so bedeutet ein Rückgang der Umsatzwerte eine prozentuale Erhöhung der Handelskosten je Wareneinheit.

Hinzu tritt als weitere Folge der Krise und der Massenarbeitslosigkeit die zahlenmäßige Uebersetzung des Handels. Von 1907 bis 1925 wuchs die deutsche Bevölkerung um 2 Prozent, dagegen vermehrten sich die Handelsbetriebe um reichlich 30 Prozent, seit 1925 aller Wahrscheinlichkeit nach sogar in verstärktem Tempo. Diese Uebersetzung des Handels, hervorgerufen dadurch, daß die infolge des Rationalisierungsprozesses in Industrie, Bankgewerbe und Verkehr freigesetzten Arbeitskräfte sich in der Zone des Handels eine neue Existenz aufzubauen versuchen (aufschlußreich vor allem ist die starke Zunahme des Straßenhandels!), bedeutet vielfach, daß diese überzähligen Handelsbetriebe gerade den Spitzenumsatz der größeren Handelsbetriebe an sich rissen und so die Kostensenkung erschweren.

Eine unnötige Verteuerung der Handelskosten wird meist auch durch die zu große Anzahl der Handelsglieder verursacht, die sich zwischen Erzeuger und letzten Verbraucher einschieben, beispielsweise beim Fleisch manchmal nicht weniger als sieben Glieder vom Viehaufkäufer bis zum Ladenschlachter. Hier würden die notwendigen Abhilfemaßnahmen in organisatorischen Eingriffen bestehen; Ausdehnung der genossenschaftlichen Einrichtungen der Erzeuger wie der Konsumenten, weitestgehende Standardisierung der Produkte würden gegenwärtig hier die wichtigsten Maßnahmen darstellen.

Wie Professor Brandt mit Recht hervorhebt, bietet jedoch die letzte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Möglichkeit einer darüber hinausgehenden Senkung der Handelsspanne, da durch sie ein großer Teil der Kostenelemente gesenkt wurde, wie beispielsweise die **Mieten**, die **Frachten**, die **Zinsen**, die **Löhne** und die Ausgaben für **Heizung und Beleuchtung**. Wenngleich die Umsatzsteuererhöhung dieser preissenkenden Tendenz entgegensteht, so schlägt doch die vierte Notverordnung in das System der starren Handelsspanne eine Breche. Das müßte unbedingt in einer entsprechenden Preissenkung zum Ausdruck kommen. **Wo es daran fehlt, sind energische Kontroll- und Nachhilfemaßnahmen am Platze.**

Der Zug zur proletarischen Antifaschistenfront

Innerhalb der Arbeiterschaft sind Willensströme aufgesprungen, die auf Bildung einer gewerkschaftlichen Einheit, zur Abwehr des Faschismus und der Sozialreaktion hindrängen. Nicht nur in den freien Gewerkschaften ist solcher Wille vorhanden. Gleichgerichtete Kräfte melden sich auch rechts und links von ihnen. Kräfte, die sichtbar erstarken. Organe der Hirsch-Dunckerianer und der christlichen Gewerkschaften beschäftigten sich, nicht grundsätzlich abweisend, mit der Frage. Unverkennbar einem Drucke aus Mitgliederkreisen folgend.

Zwei Erkenntnisquellen dienen dabei als Antrieb. Einmal ist es die Ueberzeugung,

daß die Arbeiterschaft nicht nur keine weitere Beeinträchtigung ihrer Daseinsbedingungen ertragen kann,

vielmehr ein Zusammenraffen aller Kräfte unerläßlich ist, um sie für eine ihrer sozialen und wirtschaftlichen Existenz günstigere Wirtschaftspolitik einzusetzen. Zweitens wird, über die Kreise der gewerkschaftlich Organisierten hinaus, die Ueberzeugung mehr und mehr Allgemeingut, daß dem heimtückischen und gefährlichsten Feind der Arbeiterschaft, dem Faschismus, eine geschlossene Kampfabwehrfront entgegengestellt werden muß. Als durchaus falsch wird die These erkannt, daß der Faschismus eine Zeiterscheinung sei, die an ihren Widersprüchen, im Tempo wirtschaftlichen Wiederanstieges, von selbst, sozusagen zwangsläufig, verschwinden werde. Seine, ihm vom Kapital gestellte Aufgabe ist die, als Mitbeherrscherin des Staatsapparates dauernd, mit allen möglichen Mitteln, die Arbeiterbewegung zu bekämpfen, daß sie auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und sozialpolitisch kaum noch ein Mitbestimmungsrecht und Einfluß soll geltend machen können.

Der Hauptexponent des Faschismus in Deutschland, Hitler, hat dankenswerterweise Illusionen, die nach dieser Richtung noch vorhanden sein konnten, gründlich, wenn auch nicht beabsichtigt, zerstört. Der chauvinistische Trommler entpuppte sich als imperialistischer Herold des deutschen Schwerkapitals. Der Weg dahin war längst erkennbar. Hitler suchte und fand Verbindung und Verständigung mit jenen Kreisen in Frankreich, England und Amerika, die ebenso schroff wie das deutsche Schwerkapital alle gesellschaftlichen Funktionen der kapitalistischen Diktatur unterordnen wollen. Ueber die nationalen Grenzen hinweg sind sich diese Kreise einig im Haß gegen die Arbeiterbewegung, im Willen, die Gewerkschaften möglichst völlig zu zerstören.

Die nationalistische Hetze in Deutschland fand ihre fetteste Nahrung im gleichgestimmten Treiben der französischen Nationalisten, die das Revanchegeschrei der Hakenkreuzler und deren Kriegsspielerei als wüstes Hetzmaterial gegen die französische sozialistische Arbeiterschaft, die mit uns die unsinnige Reparationspolitik sachlich bekämpfte, benutzen konnte. Unsere Gesinnungsgenossen in Frankreich wurden von den französischen Faschisten, mit Hinweis auf die Drohungen der deutschen Faschisten gegen Frankreich, als Vaterlandsfeinde in Diensten Deutschlands der Oeffentlichkeit denunziert. Davon erfuhr der Nazimann in Deutschland natürlich nichts. Ihm gegenüber stempelte elende Lüge und Demagogie alle deutsche Volksgenossen, die gegen das verbrecherische Nazitreiben auftraten, als „Französlinge", als bezahlte Agenten des Auslandes, als Verräter Deutschlands in Diensten des jüdischen Weltkapitals. Und Herr Hitler, avisiert als gern gesehener Gast bei den deutschen Großindustriellen, Großagrariern und Großfinanziers,

verständigte sich mit den extremsten französischen Chauvinisten, mit englischen Konservativen, mit der amerikanischen Dollarplutokratie

auf der Generallinie: Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaft gegen die Arbeiterschaft! Was sonst geredet oder geschrieben wurde, war im Grunde genommen nur schmückendes oder täuschendes Beiwerk. Hitler versicherte, daß die Bezahlung der Privatschulden auch des Dritten Reiches heiligster Grundsatz sein werde. Damit machte Hitler dem Amerikanismus ein Zugeständnis, das eine Versklavung des arbeitenden Volkes viel mehr grundsätzlich garantiert, als das der Young-Plan vermochte. Hitler hat auf diese Weise das allerfeierlichste Bekenntnis für ewige Zinsknechtschaft abgelegt, und damit den Antisemitismus abgeschworen. Heil im Juda des goldenen Kalbes! Zahlung politischer Schulden — Reparationen — lehnt Herr Hitler selbstverständlich ab. Eine lächerlich wirkende Geste, berechnet nur noch für den deutschen Nazimichel. Die ganze Welt weiß, daß die Reparationspolitik an den kapitalistischen Widersprüchen, an den aus ihnen hervorgebrochenen harten Tatsachen scheitert, trotz der großen Dienste, die der Hakenkreuzrummel den Wiedergutmachungsspekulanten geleistet hat.

Das internationale Kapital ist beruhigt, ist überzeugt, daß die Hitlerarmee nur die Aufgabe haben soll, als Bürgerkriegstruppe das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit unter das Diktat des Kapitals zu zwingen; zugleich gilt die Hakenkreuztruppe als Sicherung gegen die sonst stets als Schreckmittel ausgespielte Bolschewisierung zunächst Deutschlands, dann ganz Europas. Hitler gab beim internationalen Kapital seine Visitenkarte ab — als Geldschrankschützer, als Generalfeind der Gewerkschaften.

Nach all den propagandistischen Wandlungen wird Sinn und Zweck des Faschismus deutlich erkennbar: Er ist die Waffe des Kapitals der Nachkriegszeit gegen die Arbeiterschaft. — Die Kampfmethoden des Faschismus in den verschiedenen Ländern richten sich nach den gegebenen besonderen Verhältnissen. In Deutschland würde der zu politischer Herrschaft gelangte Faschismus nur im Interesse des Kapitals, nach kapitalistischen Anweisungen funktionieren. Die Restauration des Nachkriegskapitalismus und Nachkriegsimperialismus erstrebt

dauerndes Niederdrücken der Arbeiterschaft auf ein politisch rechtloses und ein wirtschaftliches Kulidasein

sowie das Hinabstoßen des gewerblichen und sonstigen Mittelstandes auf proletarische Existenz. Ein regierender Faschismus in Deutschland würde faktisch der Exekutor des durch die Notverordnungsmechanik eingeleiteten Sozial- und Wirtschaftskurses. Er hätte dabei die Unterstützung aller Schichten mit reaktionären, kapitalistischen Instinkten, mit vermeintlichen und tatsächlichen kapitalistischen, antiproletarischen Interessen.

Die Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Parteien und sonstigen Bindungen, hat ein Lebensinteresse daran, den Faschismus zu erledigen, bevor er zur politischen Macht gelangt. Es hieße instruktive geschichtliche Erfahrungstatsachen in den Wind schlagen, es hieße Trotzdelhaftigkeit zur Führerin politischen Handelns zu machen, wollte man den Nazis bewußt erst die Macht in die Hand spielen, um sie ihnen nachher wieder zu entreißen. Wenn ein neuer Asew einer Partei einen solchen „Revolutionsplan" im Auftrage des internationalen Kapitals suggeriert hätte, er dürfte stolz sein auf seine Meisterschaft als Spion und Verräter. Der deutschen Ar-

Großhandelspreise und Kleinhandelspreise

Durchschnittsziffern und Lebensbedarf

Anfang Januar 1932 hat nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise, also der sogenannte Großhandelsindex, in seiner Abwärtsbewegung einen Stand von 101,4 erreicht. Damit nähert sich der Durchschnitt der Großhandelspreise wieder dem Stande der Vorkriegszeit.

Bei den Preisen für industrielle Fertigwaren zeigt der Index charakteristischerweise noch eine ganz andere Ziffer, nämlich 128,2 am 6. Januar 1932 gegenüber 100 im Jahre 1913, und die dritte Durchschnittsziffer, der sogenannte Lebenshaltungsindex, stand im Dezember 1931 noch bei 150,4.

Wir sehen an diesen drei Durchschnitten, wie die Verbilligung dort, wo der Weltmarkt sich mehr oder weniger stark auswirkt, also beim deutschen Großhandel, die Preise am stärksten gesunken sind, obwohl das im einzelnen sehr unterschiedlich ist. Leider enthält der Großhandelsindex auch einige starke Mängel. Er berechnet nämlich Benzin, Benzol und Zucker ohne Zoll und Steuer.

Der prozentuale Rückgang gegenüber dem Juni 1931 hatte

beiterschaft konkrete Aufgabe ist klargestellt: Kampf gegen den Faschismus auf der ganzen Linie! Mit allen möglichen, gegebenenfalls durch Notverordnungen vorgeschriebenen Mitteln, um ein Eingreifen der Staatsmacht durch die Hitlerbanden zu vereiteln!

Daß zu solchem Kampf eine möglichst weit und dicht gezogene Einheitsfront unerläßlich ist, das weiß man nicht nur auch in den Kreisen der auf der rechten Seite der freien Gewerkschaften marschierenden Organisationen, das wissen auch die meisten kommunistischen Mitgänger. Unter ihnen findet man kaum noch einen zu ruhiger, sachlicher Aussprache Befähigten, der von der RGO. Politik begeistert wäre. Man hört von ihnen fast nur noch ein Argument, das sie für die RGO. glauben sprechen lassen zu können. Sie fragen: Wo sollen die Arbeiter bleiben, die verärgert, unzufrieden mit der Politik der freien Gewerkschaften, die ihnen nicht scharf genug sind, unorganisiert bleiben oder werden? Die muß man doch organisatorisch erfassen, damit sie nicht zu den Nazis laufen. Auf solche Scheingründe kann man nur antworten:

Mit den üblen Folgen jahrelanger Hetzereien, der Sünden wider marxistische Grundsätze, nur die Sünde der Arbeitersplitterung rechtfertigen zu wollen, das ist politische Eulenspiegelei!

Der Sport des Spaltens wirkt sich nun zu schwerem Nachteil für die Gesamtarbeiterschaft aus. Die Fehler können nicht gutgemacht werden, indem man weiter spaltet, sondern indem man die falsche Politik praktisch preisgibt, den Irregeführten den Weg zu den Gewerkschaften ernsthaft und ehrlich freimacht!

Aber die Herolde der RGO. schreien mit der „Roten Fahne" um die Wette. Mit Reformisten, mit Sozialisten grundsätzlich keine Einheitsfront — — gegen den Faschismus! So verhalten sich angebliche Revolutionäre, die mit den Faschisten Einheitsfront machen (siehe preußischer Volksentscheid), um mit solcher Hilfe die freien Gewerkschaften zu zerstören. Die sich bemühen, der Kapitalisten heißeste Wünsche zu erfüllen. Während in Deutschland die RGO.-Geisterchen nach dem Grundsatz handeln: Mit dem Hakenkreuz gegen die Gewerkschaften!, fordert Losowski in Moskau das Gegenteil. Wir zitieren nach der Parteizeitschrift der Komintern „Internationale Pressekorrespondenz", Nr. 116, vom 11. Dezember 1931, aus dem Bericht über die achte Tagung des Zentralrats der RGO., am 8. Dezember vorigen Jahres:

„... Genosse Losowski sagte, daß man die Einheitsfrontvorschläge, die von reformistischen Gewerkschaften ausgehen, annehmen soll, wenn eine konkrete Aktion damit gemeint ist ..."

Daß der Kampf gegen den Faschismus die akuteste und eine konkrete Aufgabe ist, wird kein vernünftiger Arbeiter bestreiten. Losowski fordert die Arbeiter auf, sie sollten in den Betrieben, überall, darüber wachen, daß die vorstehende Anweisung genau beachtet werde. Wenn die KPD.-Anhänger Losowski folgen wollen, dann müßten sie seinen Unteroffizieren in Deutschland ordentlich auf die Finger klopfen. Oder spielt man nur Komödie? Jedenfalls:

Die Arbeiterschaft muß sowohl mit dem Treiben der Spalter, wie mit dem der Hakenkreuzler Schluß machen — durch Aufmarsch der gewerkschaftlichen Einheitsfront!

D.

Volk in Not

Weit durchs Land hallt der Schritt,
dumpf und schwer wie ein Tritt.
Morgen schon
wankt der Thron.
Nur nicht fragen, nur nicht klagen,
stumm die Waffen vorwärtstragen.
Seid bereit!

Wie der Sturm, wie die Glut
wächst der Haß, brennt die Wut.
Das Gebot:
Licht und Brot.
Nur nicht fragen, nur nicht klagen,
stumm die Waffen vorwärtstragen.
Seid bereit!

Volk in Not, wer geht mit?
Weit durchs Land hallt der Schritt.
Bald zerschellt
Macht und Geld.
Die nicht fragen, die nicht klagen,
stumm die Waffen vorwärtstragen,
sind bereit.

Georg Zemke. Aus: Bannmeile des Lebens.

Konferenz der Betriebsräte im Bezirk 6

Eine am 17. Januar im Gewerkschaftshaus in Berlin tagende von 46 Delegierten des Bezirk 6 des Schuhmacherverbandes besuchte Betriebsrate-Konferenz nahm zu der Vierten Notverordnung und deren Auswirkung Stellung. Der Zentralvorsitzende des Verbandes Kollege Simon hielt das einleitende Referat. In demselben beleuchtete er sowohl die politische wie wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Ganz besonders wurde dabei die technische Entwicklung der deutschen Schuhindustrie und die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Berufe einer gründlichen Besprechung unterzogen. Die letzte Notverordnung vom Dezember 1931 greift in Teil V und VI besonders scharf in das Tarifwesen ein, wobei auch die Schuhindustriearbeiter mit der Zumutung einer 15prozentigen Lohnsenkung betroffen werden. Die Folge wird sein, daß die Kaufkraft der breiten Massen zusammengeschrumpft und sich die Krise wiederum verschärft. Zum Schluß seiner zweistündigen Rede kam Kollege Simon auf die Tarifpolitik der Schuhfabrikanten zu sprechen. Es kann sein, oder vielmehr, es ist sehr wahrscheinlich, daß äußerst heftige Kämpfe entstehen werden um den Tarif. Denn es ist Tatsache, daß sich gewisse Fabrikantenkreise mehr und mehr der zentralen Regelung fernzuhalten versuchen. Deshalb kommt es darauf an, daß jeder Betrieb sich die Organisation schafft, die ihn befähigt, dem Einzelunternehmen im entsprechenden Falle gewachsen zu sein. Auf das Referat des Kollegen Simon, das auch vor der Bayerischen Betriebsrätekonferenz gehalten wurde, sind wir in voriger Nummer bereits ausführlich eingegangen. — Die Redaktion.)

In der anschließenden lebhaften Diskussion äußerten einige Berliner Delegierte gegenteilige Auffassungen in bezug auf die Gewerkschaftspolitik. Neben örtlichen Differenzen, die sie zum Gegenstand der Debatte machten, versuchten sie an der Zweckmäßigkeit der zur Zeit angewendeten Gewerkschaftstaktik Kritik zu üben. In einem gründlich auf die angeschnittenen Fragen eingehenden Schlußwort wies der Referent nach, daß es unmöglich sei, durch einen anderen als den eingeschlagenen Weg zu besseren Ergebnissen zu gelangen. Die Gewerkschaftserfolge und die Gewerkschaftstaktik richten sich nach den tatsächlich vorhandenen organisatorischen Kräfteverhältnissen. Jahre hindurch, noch im Frühjahr 1930 konnte unser Verband vorwärts dringen auf dem Lohngebiet. Dann kam der Umschwung in der wirtschaftlichen Situation, der die Position der Unternehmerklasse begünstigte. Nur durch um so größere Festigung der Organisationen kann dem Unternehmertum begegnet werden. Wie hielten in unserem Berufe den Tarifstandard bis zum 1. April 1931, als schon die allgemeine Lohnabbauwelle stark grassierte. Wenn in den letzten Jahren keine besseren gewerkschaftlichen Erfolge zu verzeichnen waren, so tragen daran vor allem diejenigen die Hauptschuld, die der Zersplitterung in der Arbeiterbewegung Vorschub geleistet haben. Inzwischen hat die weltpolitische und innerpolitische Situation die Lohnfrage auf das politische Gebiet gerückt. Jetzt liegt die Situation so, daß sich die Arbeiterklasse auf ihre politischen Fehler besinnen muß, daß sie die ungeheuren Schädigungen einsieht, die in der Uneinigkeit und Zersplitterung auf politischem Gebiet begründet sind. Die Lohnfrage ist nur ein Teilausschnitt. „Siegen oder Unterliegen." Das Schicksal der Arbeiterklasse ist jetzt auf diese kurze Formel zu bringen. Von der Entschlossenheit, dem Zusammen und der Disziplin, die die Arbeiterklasse entwickeln wird, hängt ihre Zukunft ab. Es gilt jetzt alle vorhandenen Kräfte im Proletariat mobil zu machen.

Eine Entschließung, die der bereits in Nr. 4 des „Schuhmacher" veröffentlichten entspricht, wurde gegen eine Stimme angenommen und die Konferenz, da ein Teil der Delegierten abreisen mußte, um 4.30 Uhr geschlossen.

Sozialpolitik und „soziale Belastung"

Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Sozial- und Arbeitslosenversicherung

Das kapitalistische Unternehmertum und seine Soldschreiber bemühen sich, als Ursache für die Wirtschaftskrise neben den „hohen Löhnen" die gesamte Sozial- und Arbeitslosenversicherung verantwortlich zu machen. In vulgären und wissenschaftlich sein sollenden Artikeln in der Tages- und Fachpresse wird den Massen immer wieder eingeträufelt, wie schädlich das „marxistische System" der Sozialversicherung für die Wirtschaft ist. Es ist sinnlos, sich mit den Kapitalisten über das „marxistische System" zu unterhalten, für sie ist „Marxismus" all das, was infolge ihrer Unfähigkeit der Wirtschaftsführung an volkswirtschaftlichen Mißständen vorhanden ist; für uns ist der Marxismus die Lehre von der Befreiung der Arbeiterklasse in der klassenlosen Gesellschaft. Die „Einwände" des Unternehmertums gegen die Sozial- und Arbeitslosenversicherung können nicht genug widerlegt werden.

Die Sozialversicherung in dem Umfang, wie wir sie schon vor dem Kriege hatten, übt heute volkswirtschaftlich einen Einfluß aus, der neben den von der Sozialversicherung Betreuten gerade dem kapitalistischen System zugute kommt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Sozialversicherung Ende 1930 über ein Vermögen von 4685,7 Millionen Mark verfügte und die volkswirtschaftliche Kraft der Sozialversicherung für die deutsche Kapitalbildung und Konjunkturpolitik ist sichtbar. Während somit die Sozialversicherung wirtschaftsfördernd wirkt, haben die Kapitalisten gerade im Jahre 1930 fast die gleiche Summe durch Kapitalflucht nach dem Ausland verschoben und so der deutschen Volkswirtschaft entzogen. Die Demagogik des kapitalistischen Unternehmertumes über die „volkswirtschaftlich verheerende Wirkung" der Sozialversicherung ist mit dieser Handlungsweise der Unternehmer und der Kennzeichnung ihrer tatsächlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung ins rechte Licht gerückt.

Ganz besonders wird aber das System der Arbeitslosenversicherung als krisenverschärfend bezeichnet. „Wissenschaftlich" wollen die Kapitalisten nachweisen, die Arbeitslosenversicherung sei ein Hinderungsgrund für die nach ihrer Meinung notwendige Senkung der Löhne, denn das A und O des deutschen Unternehmertums sind immer wieder noch zu hohe Löhne. Etwas vulgär spielt man den arbeitenden Schichten das Liedchen von ihrer Belastung durch die Beitragspflicht vor und dummdreist sind die Behauptungen, daß die Unterstützung selbst die „Arbeitsfreudigkeit" im deutschen Volke senke.

Die Arbeitslosenversicherung wird aufgebracht durch Lohnabzug und Unternehmeranteil in Höhe von je 3½ Prozent der Lohnsumme des Arbeiters. Der **Anteil der Arbeitnehmerschaft** bedeutet volkswirtschaftlich nichts anderes als eine Verschiebung der Konsumfähigkeit von den arbeitenden auf die arbeitslosen Menschen. Der Gesamtverbrauch des Arbeitereinkommens wird allerdings verändert. Der Arbeiter, der noch im Produktionsprozeß steht, stellt den Verbrauch entbehrlicher Industriewaren zugunsten unentbehrlicher Industriewaren und landwirtschaftlicher Produkte zurück. Diese Konsumverschiebung ist bei Arbeitslosen infolge noch minderer Kaufkraftfähigkeit noch größer. Mindere Sparmöglichkeiten und damit verminderte volkswirtschaftliche Kapitalbildung sind damit selbstverständlich verbunden; aber die Sparmöglichkeit und Kapitalbildung wird von den Unternehmern selbst durch den uferlosen Lohnabbau noch viel mehr vermindert als durch die Belastung der Versicherten durch die Arbeitslosenversicherung. Somit kann gar keine Rede davon sein, daß die Arbeitslosenversicherungsanteile, die auf den Schultern der Arbeiterklasse liegen, krisenverschärfend wirken. Sie wirken lediglich krisenverschiebend, indem sie die Industrien entbehrlicher Güter zugunsten der Industrien unentbehrlicher Güter und der Landwirtschaft belasten.

Für die Arbeiterschaft ist die Arbeitslosenversicherung neben dem Akt der Solidarität gegenüber den aus dem Produktionsprozeß Ausgeschlossenen noch eine Rückversicherung gegen eigene Arbeitslosigkeit und die Arbeiterschaft hat längst begriffen, daß ihre neue Ethik und der Klassenkampf diese Solidarität in der Klasse notwendig machen und sie in Krisenzeiten selbst am sichersten dafür, je besser die Sozialversicherung ausgestaltet ist.

Schließlich soll der Unternehmeranteil krisenverschärfend wirken und die Beschäftigungsmöglichkeit ungünstig

---

bei den einzelnen Großhandelspreisen bis zum Januar 1932 den folgenden Umfang:

	Prozent		Prozent
Steinkohlen	7.7	Kali, 40proz.	10.0
Roheisen	11.5	Stickstoff	11.5
Stabeisen	10.2	Thomasmehl	10.0
Weißblech	11.5	Superphosphat	5.2
Schrott	17.6	Mauersteine	2.1
Kupfer	20.1	Zement, Grundpr. Bln.	10.0
Blei	22.1	Zement, Nettopr. Bln.	7.5
Zink	23.8	Zement, München	9.6
Zinn	0.9	Bauholz	13.2
Baumwolle	34.3	Fensterglas	10.0
Wolle	10.2	Roggen	13.1
Flachs	0.0	Weizen	19.9
Rohseide	6.3	Kartoffeln	41.9
Kunstseide	0.0	Zucker	3.4
Rindshäute	27.3	Butter	11.0
Kalbfelle	37.8	Ochsen	25.0
Benzin	44.7	Kühe	25.2
Benzol	11.6	Kälber	9.1
Kautschuk	27.1	Schweine	3.4

Der Index der industriellen Fertigwaren, der viel langsamer abwärts geht, drückt den Widerstand der Kartelle, Syndikate und Preiskonventionen gegen verbilligte Preise aus.

Wie sieht es nun aber mit der Abwärtsbewegung bei den Lebenshaltungskosten aus?

Vom Dezember 1930 bis Dezember 1931 sind zurückgegangen die Indexziffern für:

Ernährung	um 11.1 v. H.
Heizung und Beleuchtung	um 1.5 v. H.
Bekleidung	um 13.8 v. H.
Sonstigen Bedarf	um 4.4 v. H.

Die Indexziffer für die Wohnung (die überdies ausschließlich aus Altwohnungsmieten errechnet wird) hat sich in der gleichen Zeit um 0.2 Prozent erhöht.

Die Lausigkeit der Lebenshaltungsziffer ruht darin, daß vom „Durchschnitt" niemand leben kann. Die soziale Existenz und damit auch die Lebenshaltung jedes einzelnen wird von seinem Einkommen bestimmt und nicht vom Durchschnittspreise. Diese Feststellung versteht man aber erst dann in ihrem vollen Umfang, wenn man sich klar macht, wie sehr die Einzelhandelspreise örtlich verschieden sind, das heißt, daß es auch für denjenigen, der sich Nahrungsmittel kaufen kann, sehr unterschiedlich ist, ob er in einem Gebiet hoher oder niedriger Preise wohnt. Zur Erläuterung geben wir nachfolgend die höchsten und die niedrigsten Preise aus 34 vom Statistischen Reichsamt fortlaufend beobachteten Gemeinden nach dem Stande vom 22. Dezember 1931:

Waren	höchste Preise (in Kilogramm und Pfennigen)		niedrigste Preise (in Kilogramm und Pfennigen)	
Ortsübl. Roggenbrot	49	Lübeck	30	Kiel
Weizenkleingebäck	114	Mannheim	66	Breslau
Weizenmehl	62	Lahr	38	Gleiwitz
Graupen	70	Lahr	44	Herford
Haferflocken	128	Dortmund	38	Königsberg
Reis	80	Dresden	40	Gleiwitz
Erbsen, gelbe	72	Chemnitz	40	Erfurt
Weiße Bohnen	56	Bremen	36	Aachen
Haushaltzucker	82	Stuttgart	68	Lübeck
Eßkartoffeln	12	Lübeck	6	Stettin
Mohrrüben	28	Lahr	10	Lübeck
Rindfleisch	180	Leipzig	126	Frankfurt a. M.
Schweinefleisch	176	Frankfurt a. M.	120	Neustrelitz
Kalbfleisch	220	Hamburg	130	München
Hammelfleisch	220	Lahr	134	München
Speck	260	München	140	Aachen
Vollmilch, Liter	28	Karlsruhe	21	Breslau
Molkereibutter	340	Nürnberg	260	Breslau
Landbutter	300	Gera	220	Herford
Eier, Stück	16	Chemnitz	11	München
Steinkohlen, Ztr.	270	Erfurt	110	Gleiwitz
Briketts (Braunk.)	296	München	135	Köln

Man muß die Durchschnittsziffern immer mit dem Einkommen in Vergleich setzen. Auch dann wird erst die Bedeutung begriffen aber auch die Begrenzung aller Indexberechnungen. Gegenüber den Indexoptimisten muß ständig betont werden, daß die Senkung der Durchschnittsziffern nicht bestritten wird und erfreulich ist, obwohl nach wie vor vom Großhandel bis zum Kleinverkauf diese Senkung sich in sich verlangsamt; aber Durchschnittsziffern sind nicht eßbar und die billigsten Textilpreise nützen dem nichts, der kein Einkommen hat, und die niedrigsten Lebensmittelpreise sind für den unerreichbar, der in der teuren Großstadt zu wohnen gezwungen ist. Diese Feststellung ändert nichts daran, daß der als Lohnausgleich durch die Notverordnung versprochene Preisabbau, wenn er Wahrheit wird, im Januar und Februar in allen Indexziffern deutlich sichtbar werden muß. Vorläufig wehren sich noch viele, im besonderen großkapitalistische Interessen dagegen, dem Preisabbau ihren Tribut zu zollen. Das gleiche gilt für bestimmte Handelskreise. Hier muß die Konsumentenkraft, mag sie zur Zeit auch geschwächt sein, preisdrückend mit wirksam werden.

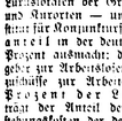
Kurt Heinig.

beinflussen, eine Schmälerung der Betriebsrentabilität und des Bruttogewinns herbeiführen, damit für die Kapitalbildung hinderlich sein. Zunächst würde bei Nichtbestehen der Arbeitslosenversicherung das Lohnniveau der Arbeiterschaft sicher ein besseres sein. Dann ist die Beitragspflicht für den Unternehmer lediglich eine Leistung an den Arbeitnehmer auf Umwegen und kürzt neben der noch zu kennzeichnenden Kürzung des Bruttogewinns den konjunturellen Mehrwertanteil des Unternehmers. Die Arbeiterschaft hat keinen Grund, sich um diese Konjunkturkürzung des Unternehmers Sorge zu machen, wenn sie sieht, wie diese Herrschaften trotz der Krise immer noch gut leben können. Siehe Schloß Lahusen in Bremen, die Bankpaläste und den Betrieb in den Luxuslokalen der Großstädte, in den internationalen Bädern und Kurorten — und die deutsche Kapitalflucht! Das „Institut für Konjunkturforschung" hat errechnet, daß der Lohnanteil in der deutschen Gesamtproduktion etwa 30 bis 40 Prozent ausmacht; die Höhe der Beitragspflicht der Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung ist einschließlich der Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung nur höchstens 4 Prozent der Lohnkosten festzulegen und somit beträgt der Anteil der Arbeitslosenversicherung an den Gestehungskosten der deutschen Industrie immer noch nicht einmal 1 Prozent! Es ist sächerlich dieses knappe Prozent für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen zu wollen und von einer Senkung der Betriebsrentabilität und des Bruttogewinns in krisenverschärfendem Umfang durch dieses knappe Prozent zu reden.

Zuletzt bleibt noch der Einwand der mittelbaren Wirkungen der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitsfreudigkeit des deutschen Arbeiters! Es ist doch eigennützlich, daß die Kreise, die selbst Arbeit nur vom Hörensagen kennen, deren „Arbeit" oft nur im Kuponabschneiden und in einem „arbeitslosen" Freudendasein besteht, sich immer Sorge um die „Arbeitsfreudigkeit des deutschen Volkes" machen, sobald es um die Arbeiterklasse geht! Die Höhe der Arbeitslosenversicherung betrug noch vor der Juli-Notverordnung im Monatsdurchschnitt 70.— R.M. die der Krisenunterstützung 50.— R.M. Jeder Arbeiter fürchtet sich, mit dieser Unterstützung einmal leben zu müssen, und die Wohlfahrtsunterstützung ist dabei noch bedeutend niedriger. Die Unternehmer, die oft selbst die Arbeitsfreudigkeit des deutschen Industriearbeiters festzustellen gezwungen sind, wollen absolut nicht erkennen, daß der deutsche Industriearbeiter gern auf die Unterstützungen verzichtet, wenn er nur Arbeit hat. Der seelische Druck der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Zwang sind Hebel zur Arbeitsaufnahme, sobald sie sich bietet, die der Arbeiterschaft Selbstverständlichkeiten sind.

Der Generalangriff des Unternehmertums auf die Sozial- und Arbeitslosenversicherung, schließlich auch auf die Wohlfahrtsfürsorge, kann nur die Pauperisierung der Arbeiterklasse zur Folge haben. Erst in einer pauperisierten Arbeiterschaft, in einer standigen Vermehrung des Lumpenproletariats, treten die Erscheinungen zutage, die das Unternehmertum der Arbeiterklasse heute schon gern unterschiebt. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen diese Pauperisierung mit allen Mitteln; nicht zuletzt auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Von einer Ueberfütterung des deutschen Lohnniveaus ist weder volkswirtschaftlich, noch real zu reden. Jedem werden die Löhne übrigens mit vom Staat bestimmt. Volkswirtschaftlicher Fortschritt und Krisenverminderung kann nur eintreten durch die Erhaltung und den Ausbau der Sozial- und Arbeitslosenversicherung, keinesfalls in ihrem Abbau und weiterer Beschränkung dieser Maßnahmen. Das müßte auch das Unternehmertum endlich erkennen!

Alfred Polster.



Arbeiterinnen-Rundschau

Frauenfragen

Wer bleibt zurück?

Mir klingt ein sichrer Takt ins Ohr,
der Schritt von Millionen Frauen,
die, stark und groß, im ernsten Chor
mit klarem Blick die Zukunft schauen.
Aus jeder Gasse, jedem Haus
will sich die stolze Schar erneuern.
Es braust ihr Siegeslied voraus
und reißt die Säum'gen in die Reihen.
Laut donnert es: Wer bleibt zurück?

Wir kommen aus der finstern Nacht
und gehen froh dem Licht entgegen.
Der junge Tag, der schon erwacht,
wirft uns sein Rot auf allen Wegen.
Zerrissen liegt, was uns beengt,
die alten morschen Sklavenbande.
Im Dunkeln hinter uns versenkt
liegt Hunger, Elend, Not und Schande.
Wir aber gehn. Wer bleibt zurück?

Wir waren stumm, wir waren tot,
nun regt es sich an allen Enden.
Uns zieht die Sehnsucht, treibt die Not,
Da gibt's kein Halten, gibt's kein Wenden.
Uns ruft die Zeit, uns ruft die Pflicht,
für unser gutes Recht zu streiten,
und ob wir wollen oder nicht,
wir müssen mit im Takte schreiten.
Und vorwärts geht's. Wer bleibt zurück?

Vor uns das Land der neuen Zeit,
bestrahlt vom jungen Freiheitsmorgen,
und Gleichheit und Gerechtigkeit
fühlt sich in seinem Schutz geborgen.
Wen schmerzen alte Wunden noch?
Wer will sich feig zur Ruhe legen?
Wir heben unsre Kinder hoch
und tragen sie dem Licht entgegen.
Wir gehn. Und keine bleibt zurück.

Emma Döltz.

Stilles Heldentum

Die Frauen der Gewerkschafter in bitterster Notzeit

Nach Meinung unserer Gewaltpolitiker gedeiht „wahres Heldentum" nur in verdeckten Schützengräben und in Herzensfabrik wahnsinnigen Völkergemetzels, das jo aber schließlich nicht durch die Leistungen des einzelnen, sondern durch die Zahl und Wirkungskraft der verfügbaren Kriegsmaschinen und Geldmittel entschieden wird.

Man sollte diese Gewaltanbeter in die Wohnungen der Arbeiterschaft führen und ihnen das Wirken der Proletarierfrauen zeigen. Hier wird mit der täglich wachsenden Not und den immer drückender werdenden Sorgen ein Kampf geführt, der ohne Ueberteibung heldenhaft genannt zu werden verdient. Es ist für den Ernährer der Familie gewiß ein bitteres Los, von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Aber es ist oft noch schwerer für die **Frau aus dem schaffenden Volke**, unter solchen Voraussetzungen überhaupt noch zu wirtschaften. Die karge Rechnung der proletarischen Haushaltführung wird allzu oft durch Lohnabbau oder Unterstützungssenkung über den Haufen geworfen. Immer denkt dann die Familie: Mutter hats schwer, aber sie wirds schaffen. Und wenn es dann doch geschafft wird, wenn der Hunger von Mann und Kindern ferngehalten wird, dann vermag vielleicht nur eine selbst von hundert Sorgen belastete Frau zu ermessen, wieviel Entbehrung die Mutter selbst sich auferlegt und wie sie jeden Pfennig dreimal umgedreht hat, ehe sie ihn ausgab.

Es gibt auch heute noch Frauen — die Modezeitungen der „vornehmen Gesellschaft" bestätigen es uns — die in lebhafter Sorge sind, daß sie im Frühjahr und Herbst nicht den sogenannten „letzten Schrei der Mode" überhören. Einmal modisch nicht ganz auf der Höhe zu sein, bedeutet ihnen eine Todsünde. — Ach, die Kleiderjorgen der proletarischen Frau sind anderer Natur als die der Luxusweiber des satten Bürgertums! Sie schauen nicht aus nach dem jeweils Neuesten. Ihr Streben geht dahin, alles Alte so lange zu verwerten bis buchstäblich nur noch Fetzen übrigbleiben, die nicht einmal mehr das Flicken lohnen. Vor der „großen Dame", die sich in grauenhaftest Notzeit gedankenlos dem Diktat geldtraffender Modekönige beugt, ekelt uns. Für die Arbeiterfrau, die bis in die Nächte für die ihrigen näht, flickt und stopft, hegen wir Hochachtung.

Die Hakenkreuzler haben die Parole ausgegeben: „Die Frau gehört ins Haus!" Nun, in hunderttausenden Proletarierfamilien würde es heute noch viel trostloser aussehen, wenn nicht so manche Arbeiterfrau, auf der die Last der Hausarbeit und der Kinderaufzucht ruht, in der Erwerbsarbeit ihre Glieder rühren würde. Wenn die Hände unserer Arbeiterfrauen reden könnten, diese harten und arbeitsgefurchten Hände — von wie unendlich viel Mühe und Schaffen würden sie uns Zeugnis geben können!

Mutter muß für alles sorgen und an alles denken. Sie ist so recht der Mittelpunkt, um den die Wünsche und Ansprüche der Familienmitglieder kreisen. So manches müde, abgerackerte Proletariermütterchen mag stille Tränen weinen, wenn der rauhe Zwang der Dinge sie nötigt, ein Verlangen, einen Wunsch oder eine Bitte der ihrigen abzuschlagen, weil es über ihre Kraft geht. Doch wie ein warmer Sonnenstrahl ist der Freudenblick aus ihren Augen, wenn sie helfen und geben konnte — auch wenn sie selbst entbehren mußte. Das Leben von vielen hunderttausenden Arbeiterfrauen ist in diesem Sinne eine einzige Aufopferung.

Meistens ist die Frau auch der Finanzminister der Arbeiterfamilie. Die kargen Mittel wollen zwar fast nie reichen, aber sie müssen reichen. Auch dem Verbandskassierer wird kein Recht zuteil, denn Mutter weiß, daß, im allgemeinen Maßstabe gesehen, **die Gewerkschaft die große Familie ist**, deren Angehörige in der jetzigen Katastrophenzeit ebenso auf Gedeih und Verderb zum Zusammenhalt gezwungen sind wie die Mitglieder der einzelnen Arbeiterfamilie. Wenn das Gefüge der freien Gewerkschaften fest steht in der Sturmflut der Krise und der Reaktion Widerstand leistet, soweit die Kräfte reichen, so gebührt ein Hauptverdienst daran den Frauen der Gewerkschaftskollegen, die das Wohl ihrer Familie wie der arbeitenden Klasse richtig erkannt haben.

All dieses Heldentum der Arbeiterfrau ist nicht umdröhnt von Schlachtentoden, nicht umwittert von den stinkenden Schwaden der Gefjaale. **Aber wer will bestreiten, daß dieses stille Heldentum der Frauen unserer Gewerkschaftskollegen** für die Weiterentwicklung der Menschheit und für den Fortschritt des Gedankens der Freiheit von ungleich größerem Wert ist als das jonst so gefeierte Heldentum?

Das Proletariat erfüllt seine eigene Mission. Die Kräfte, die hier im stillen wirken und Großes schaffen, sind Kräfte des Aufbaues. Sie sind inmitten des kapitalistischen Chaos **Träger der neuen Zeit!** H.

Das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit

Das Arbeitsgericht Berlin fällte in einer Sitzung am 10. Dezember 1931 ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Eine Angestellte sollte entlassen werden, weil sie sich verheiratet hatte.

In der Klage vor dem Arbeitsgericht machte der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten geltend, daß die Kündigung lediglich wegen der Eheschließung erfolgt sei und deshalb gegen die Reichsverfassung verstoße, die die Ehe unter besonderen Schutz stelle. Die Kündigung stelle im Sinne des § 84, erster und vierter Absatz des BGB eine unbillige Härte dar, weil die Angestellte letzten Endes wegen ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht gekündigt sei.

Das Gericht hielt den Einspruch gegen die Kündigung für gerechtfertigt und verurteilte den Unternehmer zur Weiterbeschäftigung der Gekündigten oder zur Zahlung einer Entschädigung von 1200 Mark. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, die Kündigung sei eine unbillige Härte, sie sei unerlaubt wegen der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht erfolgt, denn wenn sie nicht geheiratet hätte, würde sie nicht gekündigt worden sein.

Durch diese Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts wird das Recht der verheirateten Frau auf Arbeit anerkannt. Es ist die Feststellung, daß die Frau im Wirtschaftsleben das gleiche Recht hat wie der Mann. Die Frau hat das gleiche Recht auf Ehe wie der Mann, mithin muß sie auch das gleiche Recht auf Arbeit haben. Da man jetzt allgemein „Doppelverdiener" auszuschalten sich bemüht, und dabei meistens die Frau trifft, dürfte diese Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts von Bedeutung sein.

„Eiserne Front" gegen Faschismus und Reaktion

In den letzten Tagen des alten Jahres ist die gemeinsame Abwehrfront der freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Sozialdemokratischen Partei, der Sportorganisationen und des Reichsbanners mit einer öffentlichen Kundgebung im Reichswirtschaftsrat in Erscheinung getreten. Von dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei ist dort das Wort von der „Eisernen Front" geprägt worden. Noch befindet sie sich in der Formierung.

Die „Eiserne Front" ist eine Abwehraktion sämtlicher republikanischer Parteien, Bünde, Gewerkschaften und Vereine, die mit dem Ende des politischen Weihnachts-Burgfriedens in Tätigkeit getreten ist. Die „Eiserne Front" ist eine Art politischer Zweckverband mit einem begrenzten Ziel, nämlich dem Schutz der Republik in den kommenden Monaten gegen den Ansturm der faschistischen Front. Der eigentliche verantwortliche Träger und Führer der „Eisernen Front" ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das in Berlin ein Komitee und eine Geschäftsstelle der „Eisernen Front" errichten wird.

Die Neujahrsausgabe des „Vorwärts" brachte Kundgebungen maßgebender Führer, die den Willen zur Einheitsfront erkennen lassen. So schrieb der Vorsitzende des ADGB., Theodor Leipart:

„Wir wissen, daß im faschistisch regierten Staatswesen für Gewerkschaften als unabhängige Vertretungen von Arbeitnehmerinteressen kein Platz bleibt. Kampf gegen den Faschismus ist darum für die Gewerkschaften ein notwendiger Akt der Selbstbehauptung. Jeder Arbeitnehmer muß sich eine Vorstellung davon machen, was eine Unterdrückung der Arbeiterorganisationen und ein Verschwinden der gewerkschaftlichen Errungenschaften bedeuten würde ... Es liegt den Gewerkschaften nicht, große Worte zu machen. Ruhige Abschätzung der gegnerischen Kräfte und der eigenen dünkt ihnen wichtiger. Uebereilte Kraftproben zu veranstalten, ist nicht ihre Sache. Wo es aber um eine große geschichtliche Entscheidung geht, werden sie nicht zögern, ihren ganzen Machtapparat mit fester Entschlossenheit bis zum letzten einzusetzen."

Der Führer der SPD., Otto Wels, läßt sich folgendermaßen vernehmen:

„Zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus fällt im Jahre 1932 die Entscheidung. Siegt der Nationalsozialismus, so wird die deutsche Arbeiterbewegung mit einem Schlage bis weit hinter die Kaiserzeit zurückgeworfen. Ungeheure Opfer werden dann nötig sein, um die Positionen zurückzuerobern, die wir heute halten. Siegt der Nationalsozialismus im kommenden Jahr nicht, dann hat die kapitalistische Reaktion ihre letzte politische Karte ausgespielt und das Spiel verloren. Dann steht die Arbeiterbewegung vor einem neuen gewaltigen Aufschwung. Aufgaben von ungeheurer Bedeutung werden an die Partei herantreten ... Hauptfeind der Arbeiterklasse ist, wer jetzt den Bruderkampf schürt. Diese Zeit duldet keine Zersplitterung! Sie fordert eisernen Zusammenhalt! Nur, wo die Front gegen den Faschismus steht, wehen in Wahrheit die Fahnen des Sozialismus."

Auch das Reichsbanner reiht sich in die Eiserne Front ein, wie der Führer Karl Höltermann bestätigt:

„Was wir wollen ist die Sicherung der staatlichen Grundlage für ein freiheitliebendes, schwer kämpfendes Volk, dessen arbeitende Massen das Elend der Krise mannhaft getragen haben, ohne sich dem politischen Wahnsinn in die Arme zu werfen, wie große Teile des Bürgertums! ... Unsere Front steht! Wir reihen uns ein in die Eiserne Front! Wir sind der Hort der Freiheit in Deutschland!"

Schließlich gibt der Arbeiter-Turn- und -Sportbund durch Fritz Wildung die Erklärung ab, daß auch die Sportkameraden treu zur Fahne stehen.

Was sich in dieser Kampfzeit für jeden selbst- und klassenbewußten Arbeiter und jede Arbeiterin gehört, wissen unsere Leser selber. Und sie werden in diesem Kampfe auch auf dem Posten sein. Darüber hinaus müssen sie die noch abseitsstehenden Kolleginnen und Kollegen in die „Eiserne Front" gegen die Scharfmacher und ihre nationalsozialistischen Söldlinge einreihen. Niemals waren Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft so notwendig wie gegenwärtig. Mögen alle Arbeiter und Arbeiterinnen das begreifen. Es geht um jare Gegenwart und Zukunft!

Haftet der Mann für die Schulden seiner Frau?

Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes abgeschlossen, wenn nicht aus den Umständen sich etwas anderes ergibt. Soweit also die Frau für den Mann handelt und handeln darf, muß der Mann dafür aufkommen, obwohl er seine Unterschrift nicht gegeben hat. Das gilt nur im Rahmen der häuslichen Schlußfolgerwalt. Darüber hinaus haftet der Mann natürlich nicht, ebenso wenig wie er bei Ueberschreitung des häuslichen Wirkungskreises haftet. Bei Mißbrauch kann der Mann das Vertretungsrecht seiner Frau beschränken oder ausschließen. Das geschieht durch Eintragung ins Guterrechtsregister beim Amtsgericht.

Somit haftet nun die Frau, wenn der Mann nicht in Anspruch genommen werden kann? Die Gläubiger der Frau können ohne Rücksicht auf den Mann Befriedigung aus dem eingebrachten Gut verlangen. Das eingebrachte Gut haftet für eine Verbindlichkeit der Frau, die erst nach Eheschließung entstanden ist, nur dann, wenn der Mann seine Zustimmung zum Rechtsgeschäft erteilt oder wenn das Rechtsgeschäft ohne seine Zustimmung ihm gegenüber wirksam ist.

Nationalsozialistischer „Schulaufbau"

In Oldenburg ist ein besonderer Sparerlaß für die Schulen herausgekommen, dessen geistiger Vater der Nazi-Ingenieur Freiwald ist. Darin heißt es:

„Das Lüften der Schulräume durch Oeffnen der Fenster darf nur je einmal am Vormittag und Nachmittag während einer Pause erfolgen. Den Lehrern und Schülern ist das eigenmächtige Oeffnen der Fenster zu anderen Zeiten untersagt."

Herr Freiwald sagte: „Die Lehrer müssen erst einmal merken, woher der Wind weht." (Wie sollen sie das denn, wenn die Luftfilte immer geschlossen bleibt?)

Arme Volksschulkinder! Zu Haus nicht satt zu essen und in der Schule nicht einmal frische Luft. Was gilt den Nazis das Arbeiterkind! Es kann umkommen, wenn nur die Profitrate ihrer kapitalistischen Hintermänner steigt.

Mehr Schutz dem Arbeiterkind

Durch die letzten Notverordnungen hat es die kapitalistische Wirtschaft unternommen, ihren Gewinn auf Kosten der Arbeiterkinder zu heben. Die Lehrer werden abgebaut und die Klassen vollgestopft wie die Kaninchenställe. Statt die alten Lehrer zwangsweise zu pensionieren, schmeißt man die jungen arbeitsfreudigen Kräfte auf die Straße. Gesundheit und Ausbildung der Arbeiterkinder müssen leiden zugunsten des Reichswehretats, der kirchlichen Zuschüsse und der Millionengeschenke an die abgebauten Fürsten und Offiziere. Wie die Reaktion alles wütend bekämpft, was die sozialistische Arbeiterschaft geschaffen, so gilt ihre Abbauwut besonders den weltlichen Schulen.

In Köln fordert sie folgende bezeichnenden Klassenfrequenzen: katholische Schule 45, evangelische 48, weltliche 52! Die vorgesehenen Stellenreinziehungen betragen an den katholischen Schulen 1,6 Prozent, an den evangelischen 12 Prozent, an den weltlichen 19,7 Prozent. Aehnliche Meldungen liegen aus anderen Städten vor, in denen die Reaktion maßgeblichen Einfluß hat. Mit diesen Ungerechtigkeiten muß endlich aufgeräumt werden.

Was Japans Ehemänner tun und lassen sollen

In früherer Zeit pflegten die Frauen in Japan zu allen Wünschen ihrer Gatten ergeben Ja und Amen zu sagen. Deshalb hat die folgende Liste von Geboten für Ehemänner, die in der Tokioer Frauenzeitung „Fujokai" abgedruckt wird, symptomatische Bedeutung. „Betätigt euch ein ganzes Leben lang nicht mehr als Spielverderber und Störenfriede. Leistet euch gelegentlich vielmehr einmal einen Spaß, selbst wenn er nicht sonderlich witzig sein sollte. Weshalb wollt ihr eure Geistesblitze nur für die Freunde aufsparen?" — „Trommelt beim Essen mit euren Eßstäben nicht auf der Schüssel herum, denn solche Musik geht den Frauen leicht auf die Nerven" — „Kümmert euch um ihre Wünsche. Wenn die Frau euch nahelegt, mit ihr zusammen Einkäufe zu machen, begleitet sie, selbst wenn euch solche Wege lästig sind. Und kehrt auf dem Heimwege irgendwo ein, um etwas zu essen oder zu trinken. Die Frauen haben das gern." — „Ganz gleich, wie groß die Liebe zu eurer Gattin ist, hockt nicht immer zu Hause, sondern befreit hier und da eure Frau von eurer Gegenwart" — „Wenn sie gelegentlich einmal besonders hübsch aussieht, so vergeßt nicht, ihr das zu sagen, und wenn sie einmal minder aussieht, so empfiehlt es sich, sich in einem solchen Fall eher einer frommen Lüge schuldig zu machen, als ihr die Wahrheit zu sagen." — „Vergeßt ihren Geburtstag nicht und begeht diesen Tag alljährlich mit einer kleinen Feier." — „Fahrt sie nicht gleich heftig an, wenn sie ja einmal versaßt einen abgerissenen Knopf wieder anzunähen. Sie würde die Antwort nicht schuldig bleiben und dann würden die Dinge ihren bösen Lauf nehmen." — „Denkt stets daran, daß auch euren Frauen das Recht zusteht, eine eigene Meinung zu haben."

Rundschau

Die eine und die andere Seite.

Nach Zeitungsmeldungen beträgt die Riesen-Witwenpension, die die AEG alljährlich der Witwe ihres langjährigen Generaldirektors Geheimrat Felix Deutsch regelmäßig zu zahlen hat, etwa eine halbe Million Reichsmark. Nehmen wir einen Durchschnittslohn von 150 R.M den Monat an, so könnten davon 3330 Arbeiter beschäftigt werden, ohne daß wahrscheinlich Frau Deutsch zu hungern brauchte! Gleichzeitig baut man bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft tüchtig ältere Angestellte ab, um zu „sparen".

Hoftheater.

Als die Königin Wilhelmine von Holland kürzlich auf ihrem alljährlichen Besuch in Amsterdam auch das Schiffahrtshaus besuchte, in dem sich die Büros der größten Schiffahrtsgesellschaften befinden, war man dort in großer Sorge: wie würde Ihre Majestät den auch im „blühenden Holland" bestehenden Eindruck der Arbeitslosigkeit, den traurigen Anblick der zahlreichen leerstehenden Büro- und Schreibtischplätze aufnehmen? Aber man half sich rasch: man verteilte einfach andere Angestellte auf die leeren Plätze, die eifrig „Betrieb" schauspielern mußten. Und in der ebenfalls im Schiffahrtshaus befindlichen größten holländischen Lokomotivenfabrik nahm man sogar, so berichtet „Het Volk", für den einen Tag Arbeiter an, die sich mit Putzen und ähnlichem als geschäftig darstellen mußten. Und die neuen Entlassungen der Angestellten datierte man schnell noch für den Tag nach dem hohen Besuch um, damit die „Hofschauspieler" ihre Rolle noch unbeschwert und echt mimten. Eine „wilhelminische" Angelegenheit!

Der Kapitalismus hatte die historische Aufgabe, einen Weltmarkt zu schaffen. Der Kapitalismus hat diesen Markt geschaffen. Jetzt aber untergräbt er ihn selbst und zerstört ihn. Das, was der Kapitalismus selbst geschaffen hat — wendet sich gegen ihn, schlägt um, wird reaktionär.

Das Finanzkapital hat den Weltgeldmarkt geschaffen und dasselbe Kapital untergräbt ihn.

Der monopolistische Kapitalismus hat die internationale Verflechtung des Kapitals verstärkt. Jetzt aber untergräbt und vernichtet er die von ihm geschaffenen Bündnisse.

Der Kapitalismus ist in einen Widerspruch geraten mit den Verhältnissen, welche er selbst geschaffen hat. Er wurde reaktionär und kann sich nur durch Terror und Gewalt erhalten.

Faschismus droht!

Wehre dich gegen politische, wirtschaftliche und soziale Knechtung

Stärke die Gewerkschaften
Werde Sozialdemokrat
Stütze das Reichsbanner
Wirb für die sozialdemokratische Presse

Berlin hat 396 Kinos

In Berlin gibt es 41 Theater mit 44 872 Plätzen Theater mit mehr als 1000 Plätzen gibt es 21. Ferner hat die Reichshauptstadt 396 Kinos mit insgesamt 189 692 Sitzplätzen. 1930 haben 58,4 Millionen Berliner das Kino besucht. Jeder Berliner war also etwa 13mal im Kino.

Humoristisches

Ironie.

„Hier, lieber Mann, haben Sie zwei Pfennige! Aber legen Sie das Geld nicht wieder in dem abscheulichen Fusel an!"

„Nein, gnädige Frau! Ich werde mir eine Pulle Sekt dafür kaufen!"

„Wat'n klooken Kirl"

Fabrikbesitzer Hübner aus Hamburg hatte in einem eleganten Restaurant zu St. Moritz Gelegenheit, einen Kellner zu beobachten, der mit den Gästen, je nach Bedarf, englisch, französisch, italienisch, spanisch, norwegisch und deutsch sprach.

„Herrgott, wat'n klooken Kirl", dachte Herr Hübner und nur des Ulkes halber rief er dem Kellner zu: „Am Ünn könn'n Se ook Plattdütsch? Loat mi mool 'n Büff kriegen!"

„Tschawoll, Herr Hübner, schall dat mit Brattkantüffeln sien?" gab der Kellner sofort zurück.

Herr Hübner blickte mit staunenden Stielaugen: „Dunnerslag — min Namen weeten Se ook? Mensch wo kam' Se dorbi?"

Und da antwortete der Kellner: „Das will ich Ihnen sagen, Herr Hübner, ich bin aus Hamburg gebürtig und habe in Ihrer Fabrik gearbeitet!"

Aus dem „Wahren Jacob".

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61

(29 Fortsetzung)

„Das Innere von Guadalcanar ist noch gänzlich unerforscht", erklärte Scheldon, „die Buschleute sind so wild, wie man es heute auf der ganzen Welt nicht mehr findet. Ich selbst habe noch keinen gesehen. Ich kenne auch keinen Menschen, der je einen gesehen hatte. Sie kommen nie an die Küste herunter, und nur gelegentlich wird ein Eingeborener von der Küste, der sich zu weit ins Innere gewagt hat, von einer umherstreifenden Bande aufgefressen. Niemand weiß etwas von ihnen. Sie kennen nicht einmal Tabak. Die österreichische Expedition — Gelehrte — drang teilweise bis ins Innere vor, ehe sie aufgerieben wurde. Das Denkmal steht einige Meilen vom Strand entfernt. Nur einer kam zur Küste zurück und erzählte die Geschichte. Und das ist alles, was ich oder sonst jemand vom Innern von Guadalcanar weiß."

„Aber Gold — haben Sie je etwas von Gold gehört?" fragte Tudor ungeduldig. „Wissen Sie etwas über das Vorkommen von Gold?"

Scheldon lachelte, während seine beiden Besucher gespannt an seinen Lippen hingen.

„Wenn Sie den Balelina zwei Meilen weit hinaufgehen, können Sie aus dem Bias Gold waschen. Ich habe es oft getan. Zweifellos gibt es in den Bergen Gold." Tudor und von Bär sahen sich triumphierend an. „Dann war also die Erzählung des alten Wheatbread doch wahr", sagte Tudor, und von Bär nickte. „Und wenn es mit Malaita ebenso ist —"

Tudor brach ab und blickte auf Joan.

„Die Erzählung dieses alten Bummlers hat uns hergebracht, von Bär bekräftigte diese Ansicht ihm und erfuhr das Geheimnis." Er wandte sich zu Scheldon. „Ich glaube bewiesen zu kommen, daß lange vor der österreichischen Expedition Weiße in das Innere von Guadalcanar gedrungen sind."

Scheldon zuckte die Achseln.

„Hier haben wir nie etwas davon gehört", sagte er einfach. Dann wandte er sich zu von Bär: „Wie gesagt, die Leute von hier können Sie nicht weiter als bis nach Bino gebrauchen. Ich will Ihnen so viele, wie Sie wünschen, bis dort zur Verfügung stellen. Wie viele sind Sie, und wann wollen Sie aufbrechen?"

„Jetzt", sagte Tudor. „Nun Mann und ich selbst."

„Und sie sollen möglichst übermorgen aufbrechen", sagte von Bär. „Die Boote könnten schon heute nachmittag zusammengesetzt, morgen könnte die Ausrüstung verteilt und verpackt werden. Und was die Martha betrifft, Herr Scheldon, so würde ich heute nachmittag die Sachen an Land schaffen und bei Sonnenuntergang abfahren."

Als die beiden Männer wieder zu ihren Booten hinabgingen, blickte Scheldon Joan spöttisch an.

„Da haben Sie Romantik", sagte er. „Und Abenteuer — Goldjagd unter Kannibalen."

„Das wäre ein Titel für ein Buch", rief sie aus. „Oder noch besser, ‚Goldjagd unter Kopfjägern', ob, das würde Absatz finden."

„Tut es Ihnen jetzt nicht leid, daß Sie Pflanzer geworden sind?" sagte er. „Stellen Sie sich vor, daß Sie an einem solchen Abenteuer teilnähmen."

„Von Bär würde jedenfalls nicht so viel Aufhebens davon machen, wenn ich mich ihm auf der Fahrt nach Malaita anschlösse", erwiderte sie.

„Er würde sicher sofort darauf eingehen."

„Was halten Sie von ihm?" fragte sie.

„Nun, gegen den alten von Bär habe ich nichts einzuwenden. Er ist in seiner Art schon vertrauenswürdig; aber Tudor ist mir zu flatterhaft — zu oberflächlich, wissen Sie. Wenn ich je auf einer verlassenen Insel scheitern sollte, dann würde ich es lieber in von Bär' Gesellschaft tun."

„Das verstehe ich nicht ganz, was haben Sie gegen Tudor?"

„Erinnern Sie sich an Brownings ‚Letzte Herzogin'?"

Sie nickte.

„Nun, bei Tudor muß ich an sie denken —"

„Aber sie ist doch entzückend."

„Das ist sie. Aber sie ist eine Frau, und von einem Mann erwartet man etwas anderes, mehr Selbstbewußtsein, wissen Sie. Zurückhaltung und Ueberlegung. Ein Mann muß gründlicher sein, gesetzter und weniger unbeständig. Ein Mann von der Art Tudors fällt mir auf die Nerven. Ich verlange von einem Mann mehr Ruhe."

Joan fühlte, daß sie diesem Urteil nicht ganz beipflichten konnte; und irgendwie begriff Scheldon ihre Empfindung und war betrübt. Er erinnerte sich, wie ihre Augen geglänzt, als sie mit den Gästen geplaudert hatten — Donnerwetter! Werde ich etwa eifersüchtig? fragte er sich. Ueberhaupt, warum sollen ihre Augen nicht glänzen? Was geht es mich an.

Ein zweites Boot war ausgesetzt worden, und die Ausrüstung für die Landabteilung wurde eiligst ausgeschifft. Ein Dutzend Mann von der Besatzung setzten die Faltboote am Strande zusammen. Sie hatten fünf dieser Fahrzeuge, schlank und schmal, mit ausgeschnitzten Seitenwänden, und merkwürdig lang. Jedes von ihnen war mit drei Paddeln und mehreren eisenbeschlagenen Stangen ausgerüstet.

„Ihr scheint auf Flüssen Bescheid zu wissen", sagte Scheldon zu einem der Leute.

Der Mann spie seinen Tabaksaft auf den weißen Sand und erwiderte: „Wir benutzen sie in Alaska. Sie sind nach dem Muster der Yukon-Stechboote gebaut und sind einzig in ihrer Art, darauf können Sie sich verlassen. Der Bach hier ist eine Kleinigkeit im Vergleich mit den Strömen im Norden. Jedes dieser Boote kann fünfhundert Pfund laden, und zwei Mann können es so schnell vorwärts bringen, daß Sie sich wundern würden."

Bei Sonnenuntergang lichtete die Martha die Anker und ging in See, wobei sie die Flagge hißte und mit einer Signalkanone salutierte. Am Flaggenmast ging der Union-Jack auf und nieder und Scheldon erwiderte den Gruß mit seiner Bronzesignalkanone. Die Goldsucher schlugen ihre Zelte auf dem Grundstück auf und kochten am Strande ab, während Tudor mit Joan und Scheldon das Abendessen einnahm.

Ihr Gast schien überall gewesen zu sein, alles gesehen und alle getroffen zu haben. Und ermuntert durch Joan, sprach er hauptsächlich von seinen eigenen Abenteuern. Er war ein Abenteurer vom feinsten Wasser, und seinen eigenen Angaben nach von Geburt an zu Abenteuern bestimmt. Er stammte aus einer alten Neu-England-Familie, sein Vater war General-konsul in Deutschland gewesen, und dort war er geboren und hatte seine erste Erziehung, sowie seinen Akzent erhalten. Dann hatte er, noch ein Knabe, seinen Vater nach der Türkei und später nach Persien begleitet, wo sein Vater Gesandter geworden war.

Tudor war sein ganzes Leben unterwegs gewesen, und mit viel Humor und lebendiger Darstellungskraft sprang er von einer Episode zur andern, von einem Ort zum andern. Er erzählte seine Erlebnisse nicht, weil es die seinen waren, sondern wegen ihrer besonderen Eigenart, wegen eines ungewöhnlichen Vorfalls, einer lächerlichen Situation. Er hatte südamerikanische Revolutionen mitgemacht, war Reiter auf Kuba gewesen, Kundschafter in Südafrika, Kriegsberichterstatter im Russisch-Japanischen Krieg. Er war mit Hundeschlitten über den gefrorenen Klondike gezogen, hatte auf dem Sande in Nome Gold gewaschen und in San Francisco eine Zeitung herausgegeben. Der Präsident der Vereinigten Staaten war sein Freund. Er war überall zu Hause, in den Klubs von London und auf dem Kontinent, im Grand Hotel in Yokohama, wie in jedem anderen Ort auf der ganzen Welt. Er hatte Großwild in Siam geiagt, Perlen in den Paumotus gefischt, Tempel besucht, die Passionsspiele gesehen, die Anden auf Maultieren überquert; dazu war er ein lebendes Adreßbuch der Fiebertöcher in Westafrika.

Scheldon lehnte sich auf seinem Stuhl auf der Veranda zurück, schlürfte seinen Kaffee und hörte zu. Unwillkürlich wurde er durch den Zauber dieses Mannes, der ein so wechselreiches Leben hinter sich hatte, eingesponnen und fühlte sich doch nicht recht behaglich. Es schien ihm, als ob der Mann sich ganz besonders an Joan wandte. Seine Worte und sein Lächeln waren gleichermaßen sie beide gerichtet, und doch war Scheldon sicher, daß sich die Unterhaltung, wenn Joan nicht dabei gewesen wäre, um andere Dinge gedreht hätte. Tudor hatte die Wirkung seiner Worte auf Joan beobachtet, packte absichtlich seine Erinnerungen aus und verstrickte sie in den Zauber der Romantik. Scheldon bemerkte ihre gespannte Aufmerksamkeit, hörte ihr natürliches Lachen, ihre schnellen Fragen und treffenden Bemerkungen, und er spürte innerlich das erwachende Bewußtsein, daß er sie liebte.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Abschluß des Arbeitskampfes bei Salamander AG., Kornwestheim

Nachdem der Arbeitskampf bei Salamander A.-G. beendet und der tarifmäßige Zustand wieder hergestellt ist, halten wir es für notwendig, über den Hergang und den Verlauf des Kampfes einen Ausblick zu werfen. Die vierte Notverordnung, die der gesamten Arbeiterschaft eine ungeheure Lohnsenkung von 10 bis 15 Prozent brachte, hat eine berechtigte Empörung bei der Arbeiterschaft hervorgerufen. Insbesondere da an die in Aussicht gestellte Preissenkung aus früheren Erfahrungen niemand glaubte. Und es hat sich bis jetzt auch gezeigt, daß Preissenkungen nur teilweise eingetreten sind, die aber keineswegs der Lohnsenkung entsprechen. Die Arbeiterschaft der Schuhindustrie betraf die Lohnsenkung mit 15 Prozent. Nachdem über die Durchführung dieser Lohnsenkung zwischen den Parteien eine Einigung nicht erzielt werden konnte, haben die Unternehmer durch den Reichsverband der Schuhindustrie den in der Notverordnung vorgesehenen Sonderschlichter angerufen. Der Sonderschlichter hat in seinem Schiedsspruch ausgesprochen, daß die Tariflöhne um 15 Prozent zu senken sind, das heißt, der Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre wird von 90 Pfennig auf 76,5 Pfennig pro Stunde gesenkt, was eine Kürzung des Tariflohnes von 13,5 Pfennig pro Stunde bedeutet. Trotzdem der Schlichter in den mündlichen Verhandlungen anerkannte, daß nur der Tariflohn als gesenkt gelte, hat er über die Durchführung in seinem Schiedsspruch nichts gesagt, sondern dies der allgemeinen Gerichtsbarkeit überlassen. Solche unklaren Entscheidungen, die nicht klar aussprechen, in welcher Weise sie anzuwenden sind, führen immer zu Differenzen. Entscheidungen, die immer wieder neuen Streit hervorrufen, sind für die Dauer unhaltbar und aufs schärfste zu verurteilen.

Wie zu erwarten, entstand auch sofort über die Umrechnung ein Streit zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften legten mit Recht die Entscheidung des Schlichters so aus, daß der Lohn sich um den Betrag senkt, der sich zwischen dem früheren und dem vom Schlichter neu festgesetzten Tariflohn ergibt, während die Arbeitgeber den Standpunkt vertraten, der tatsächliche Lohn sei um 15 Prozent zu senken. Durch unseren Tarifvertrag haben wir eine eigene Gerichtsbarkeit, Bezirkstarifkommission und Zentraltarifamt; der Reichsverband für die Schuhindustrie hat nun das Zentraltarifamt als die höchste Instanz um ein Gutachten angerufen.

In dem Gutachten des Zentraltarifamts wird nun ausgesprochen: **„Die individuellen Leistungszulagen der Zeitlöhner sind dadurch durch den Schiedsspruch nicht gesenkt. Die Akkordsätze sind dagegen durch den Schiedsspruch um 15 Prozent gesenkt.“** Dieses Gutachten sagt ganz klar, daß die Leistungszulagen der Zeitlöhner, also der über den Tariflohn hinausgehende Lohnbetrag nicht gesenkt ist, während bei den Akkordarbeitern der Akkordsatz um 15 Prozent gesenkt wird. Bei den Zeitlohnarbeitern behielten also die Gewerkschaften recht, während bei den Akkordarbeitern der Auffassung der Arbeitgeber beigetreten wurde. Obwohl das Gutachten in bezug auf die Akkordarbeiter unsachlich ist, mußten wir und der Entscheidung der höchsten Tarifinstanz fügen.

Die Firma Salamander dachte jedoch anders. In der Begründung des Gutachtens des Zentraltarifamts stand folgender Satz: „Sieht man von § 2 des Zusatzvertrags ab, so folgt daraus, daß die auf Einzelvertrag beruhenden Zulagen der Zeitlöhner so lange bestehen bleiben, als die Einzelverträge bestehen.“ Aus diesem Satz leitete die Firma her, daß sie, um auch die Leistungszulagen generell um 15 Prozent senken zu können, das Recht habe, das Arbeitsverhältnis der Zeitlöhner durch Anschlag am schwarzen Brett zu kündigen und ihnen gleichzeitig ein neues Arbeitsverhältnis mit 15 Prozent Senkung des Gesamtlohnes anbieten könne. Dieses Vorgehen der Firma konnte sich die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen, denn jedermann weiß, daß zur Durchführung der Notverordnung, die ein Gesetz darstellt, eine Kündigung des Arbeitsvertrags nicht notwendig ist. Die Firma wurde deshalb sofort darauf hingewiesen, daß ihre Maßnahme eine Aussperrung der Zeitlohnarbeiter bedeute, die den Bestimmungen des Tarifvertrages widerspreche; der Zentralverband der Schuhmacher werde sich mit allen Mitteln hiergegen wehren. Dem Betriebsrat wurde darauf mitgeteilt, daß sie die Kündigung unter Berücksichtigung aller Konsequenzen vorgenommen habe und sie werde an ihrem Standpunkt festhalten. Daraufhin haben die Zeitlohnarbeiter in einer vom Zentralverband der Schuhmacher einberufenen Versammlung bereits einstimmig beschlossen, die von der Firma ausgesprochene Kündigung anzunehmen. Damit war für die Zeitlohnarbeiter die Entscheidung getroffen. Die Akkordarbeiter haben sich im Laufe der Woche mit den Zeitlohnern durch Beschluß solidarisch erklärt und damit eine geschlossene Front hergestellt. Am 18. Januar begann nun die Aussperrung der Zeitlöhner, denen sich in den darauffolgenden Tagen die Akkordarbeiter im vollen Umfang angeschlossen haben. Die Arbeiterschaft der Salamanderwerke hat damit zum Ausdruck gebracht, daß Solidarität kein leerer Wahn ist und daß sie bereit ist, mit allen Konsequenzen für ihr Recht zu kämpfen. Diese Geschlossenheit kann der übrigen Arbeiterschaft zum Vorbild dienen.

Als der Kampf begann, hat der Schlichter von Amts wegen eingegriffen und beide Parteien zu Verhandlungen auf 18. Januar nach Stuttgart eingeladen. Diese Verhandlungen, die bis in die Nacht hinein dauerten, mußten nach dem eingenommenen Standpunkt der Salamander A.-G. ergebnislos verlaufen, denn die Arbeiterschaft hatte keine Veranlassung, von ihrem Verlangen auch nur das allerdeutlichste nachzugeben. Das Recht war auf ihrer Seite. Nach diesen ergebnislosen Verhandlungen hat der Schlichter tags darauf den Parteien von sich aus einen Vereinbarungsvorschlag unterbreitet, der durch Annahme von beiden Parteien zur Beilegung des Konflikts führte. Der Vereinbarungsvorschlag des Schlichters verlangt von der Firma die Wiederherstellung der seitherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne daß Maßregelungen stattfinden und das Arbeitsverhältnis als nicht unterbrochen zu gelten hat. In bezug auf die Streitfrage wird auf den tariflichen Instanzenweg verwiesen.

Der Schlichtervorschlag besagt wörtlich folgendes:

1. Sämtliche Arbeitsverhältnisse werden zu den seitherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen fortgesetzt. Die Arbeit wird sofort aufgenommen. Wegen des bis dahin entstandenen Ausfalls an Arbeit steht keiner Seite ein Erlsatzanspruch zu.
2. Maßregelungen finden nicht statt. **Das Arbeitsverhältnis** gilt als nicht unterbrochen.
3. Der Streit um die tarifliche Zulässigkeit einer generellen Senkung der Zeitlöhner-Zulagen in einem der Tariflohnsenkung entsprechenden Verhältnis ruht, und zwar mindestens bis zum Ablauf einer Woche, nachdem eine Entscheidung oder ein Gutachten des Zentraltarifamts zu dieser Frage ergangen ist. Entstehen wegen der praktischen Durchführung der Entscheidung bzw. des Gutachtens Streitigkeiten, so entscheidet der Schlichter für Südwestdeutschland oder ein von ihm bestellter Unparteiischer bindend

Die Forderung der Arbeiterschaft, die ja nur die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen verlangte, war damit erfüllt und sie konnte deshalb dem vom Schlichter gemachten Vereinbarungsvorschlag zustimmen. In Anbetracht der Geschlossenheit der Arbeiterschaft, die bereit war, zu kämpfen bis zur Erfüllung ihrer Forderung, blieb der Firma auf Grund der Rechtslage nichts anderes übrig, als ebenfalls zuzustimmen. Die Arbeit konnte jedoch nicht sofort aufgenommen werden, da die Arbeiterschaft die Entfernung einiger Streikbrecher, die es bedauerlicherweise auch gab, auf die wir noch zurückkommen werden, von der Firma verlangte. Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde am Freitag, dem 22. Januar, die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Kommunisten, die Hyänen des Schlachtfeldes, glaubten nun ihre Zeit für gekommen, die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu zerschlagen, um ihre Parteisuppe daran kochen zu können. Zuerst haben sie in der „Tuddeutschen Arbeiterzeitung“ dem Zentralverband der Schuhmacher verdächtigt, es sei eine abgekartete Sache, der Streik würde durch den Schlichter beigelegt. Geheime Verhandlungen hätten bereits stattgefunden. An all dem war kein wahres Wort. Mit diesem Schwindel glaubten sie ein Mißtrauen gegen die Verbandsleitung hervorrufen zu können. Handgetzt, unterzeichnet mit „Revolutionäre Arbeiterschaft“ wurden verteilt, in denen für diesen Kampf unerreichbare Forderungen aufgestellt waren. Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ hat sich in ihren Verdächtigungen und Phrasen täglich fast überschlagen, aber was besonders bezeichnend ist, die Kommunistische Partei hat in Kornwestheim ihr Hauptquartier aufgeschlagen; Landtagsabg. Vollmer, Stadträtin Walter und Greiner aus Stuttgart und noch einige andere „Größen“ haben sich über die Zeit des Kampfes hier niedergelassen, aber nicht etwa um zur Geschlossenheit der Arbeiter, von der jeder Erfolg abhängig ist, beizutragen, nein, sondern um diese Geschlossenheit zu zerschlagen und der Arbeiterschaft dadurch eine Niederlage zu bereiten. In solchen Dingen kommt die RGO., genannt KPD., aber bei der Kornwestheimer Arbeiterschaft schlecht an.

Das zeigte sich besonders bei der vom Zentralverband der Schuhmacher am Mittwoch, dem 20. Januar, in den Stadtlichen Saalbau einberufenen Versammlung der Zeitlohnarbeiter, die sich über den Vermittlungsvorschlag des Schlichters zu entscheiden hatten. Da glaubten die Kommunisten ihre ehrenwerten Dienste besonders der Arbeiterschaft anbieten zu müssen. Ihn nun genügend stark zu sein und bei ihrem überreichen Einzug Eindruck zu machen, haben sie, da sie in Kornwestheim nur einen verschwindenden Anhang haben, vom ganzen Oberamt Ludwigsburg und Zuffenhausen ihre „Kampfer“ zusammenziehen müssen. Ziegesbewußt standen die Mannen bereit, aber — o weh — man wollte von diesen ungebetenen Gästen nichts wissen. Die ganze Versammlung — selbst der RGO.-Mann Taibenzeiher — hatte sich jede Einmischung verbeten und sie wurden aufgefordert, sofort den Saal zu verlassen. Diese „Klassengenossen“ kamen dieser Aufforderung nicht nach, sondern versuchten an die Anwesenden ihre schon vorbereiteten Reden los zu werden. Aber das waren vergebliche Mühen. Niemand wollte etwas von ihnen wissen. Hinaus — war die einstimmige Antwort. Aber sie gingen nicht. Ihr Auftandsgefühl war anscheinend unter die Hunde gegangen. Trotz wiederholter Aufforderung, den Saal zu verlassen, ging der Herr Landtagsabgeordnete Vollmer mit seinem Anhang nicht. Gut, sie wollten eben hinausgeschmissen sein und Martmer werden. Den Gefallen taten wir ihnen nicht. Die Versammlung wurde aufgelöst und der Saal geleert und nach Wiederfüllung standen diese „Klassenkämpfer“ draußen und die Versammlung konnte nun weiter und zu Ende geführt werden. In dem großen Kantinesaal, in dem über 2000 Menschen versammelt waren, versuchten sie wieder einzudringen, aber auch diese Riesenversammlung wollte von ihnen nichts wissen und so wurde auch hier Frau Stadträtin Greiner an die frische Luft gesetzt. Die Kommunisten glaubten bei dem entstandenen Kampf ihre Geschäfte machen zu können, derweil haben sie die größte Pleite erhalten. Und das ist recht so. So muß es für alle Zukunft im Interesse der Arbeiterschaft bleiben. Denn da, wo diese Totengräber des Proletariats am Werk sind, geht es mit Riesenschritten abwärts. (Siehe die Zersplitterung und Machtlosigkeit in Frankreich, in der Tschechoslowakei usw.) Wäre die Arbeiterschaft bei diesem großen, ihr aufgezwungenen Kampf nicht geschlossen und einheitlich im Zentralverband der Schuhmacher organisiert gewesen, hätte sie diesen Erfolg nicht erringen können. Und gerade diese Erkenntnis muß die Kornwestheimer Schuharbeiterschaft veranlassen, alle Umtriebe gegen ihre Gewerkschaft mit aller Entschiedenheit abwehren und fest und treu — komme was da kommen mag — zusammenzuhalten und die Einheit und Geschlossenheit innerhalb des Zentralverbands der Schuhmacher für alle Zukunft zu erhalten.

Zentralverband der Schuhmacher Kornwestheim.

RGO.-Pleite offiziell bestätigt

Auf der 8. Tagung des Zentraltrates der Roten Gewerkschaftsinternationale am 7. Dezember 1931 in Moskau, erklärte Oberführer Losowski — nach dem Bericht in der „Inprekor“, Nr. 116 vom 11. Dezember 1931 —: Das Rey der unteren Organe und in den Betrieben sei bis auf den heutigen Tag die größte Schwäche aller RGO.-Sektionen. Die Arbeit sei schwach und schlecht. Fortschritte seien kaum zu verzeichnen; die Forderungen des 5. RGO.-Kongresses blieben unerfüllt. Von reformistischen Gewerkschaften ausgehende Einheitsfrontvorschläge solle man annehmen, wenn damit eine konkrete Aktion gemeint sei. Losowski redet, die „Rote Fahne“ aber kommandiert: Einheitsfront mit Sozialdemokraten wird grundsätzlich abgelehnt! So oder so: die RGO.-Politik ist und bleibt eine Pleite, die der Arbeiterschaft aber ungeheure Opfer kostet, den Kapitalisten und Sozialreaktionären jedoch Vorspanndienste leistet.

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Kürze

Die Arbeitslosigkeit steigt noch mehr. Am 15. Januar waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 **Arbeitslose** gemeldet. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen.

Der Versuch in Hessen, die Regierung im nationalsozialistischen Sinne neu zu bilden, ist durch die ablehnende Haltung des Zentrums als endgültig erledigt zu betrachten. Die Weimarer Koalition bleibt also im Amt.

Außer in **Preußen,** dessen **Parlament** am 8. Mai neu gewählt werden durfte, werden im Mai auch in Württemberg und in Anhalt Landtagswahlen stattfinden. Die württembergischen Landtagswahlen und die in Anhalt dürften ebenfalls am 8. Mai vorgenommen werden.

Rückgang des Lebenshaltungsindex 1,1 Prozent. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten für den Durchschnitt des Monats Dezember 1931, gemessen am Vormonat, um 1,1 Prozent gefallen. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Die versprochene allgemeine Senkung der Lebenshaltungskosten will nicht in Gang kommen, wenn nicht auch auf dem Preisgebiet schärfere Druckmittel angesetzt werden.

In Frankreich hat eine Bemerkung des Reichskanzlers Dr. Brüning große Unruhe hervorgerufen, wonach **Deutschland keine Reparationen mehr zahlen könne.** In einem Teil der französischen Presse wird behauptet, daß damit jede Verständigungsmöglichkeit auf der bevorstehenden Konferenz in Lausanne zerschlagen worden sei. — Inzwischen haben die Mächtegruppen eine **Verschiebung der Konferenz von Lausanne** durchgesetzt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beim Reichskanzler Dr. Brüning **Vorstellungen gegen die beabsichtigte Erhöhung des Butterzolls erhoben.**

Nach einer Mitteilung des „Abend“ ist an die Behörden Anweisung ergangen, die Vorbereitungen für die **Reichspräsidentenwahl** so zu treffen, daß mit dem **28. Februar** als wahrscheinlichem Wahltermin gerechnet wird.

Nach einer neuen Notverordnung ist **das Tragen von Parteiabzeichen** in kleinerer Form wieder gestattet worden.

Das freiheitliche Bürgertum marschiert auf. Tas in der „Republikanischen Aktion“ vereinigte freiheitliche Bürgertum veranstaltete im Berliner Sportpalast eine Massenkundgebung gegen den Faschismus. Regierungspräsident Friedsburg betonte wie Major a. D. Hauff, daß der Arbeiter sich in seinem Kampfe für die Republik nicht vereinsamt fühlen dürfe. Das freiheitlich gesinnte Bürgertum müsse sich neben ihn stellen.

„Unpolitische“ Studentenschaft. Das Reichswehrministerium hat die „Politischerklärung“ der „Deutschen Studentenschaft“, in der die Rauf- die Überhand haben, aufgehoben. Damit ist ein offizieller Verkehr mit der Reichswehr zulässig geworden. Merkwürdige „Neutralität“ im Reichswehrministerium!

Neueste Erfindungen aus der Schuh- u. Lederbranche

Mitgeteilt vom Patentbüro Ingenieur Müller & Co., G. m. b. H., Leipzig, Härtelstraße 25 — Spezialbureau für industrielle Verbände und Organisationen

Gebrauchsmuster

1 184 221. Willy Frankenstein, Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 25, Schnürschuh. — 1 184 279. Kirchner & Co., Wuppertal-Barmen, Postbrücke 6. Vorderschuhdämpfmaschine. — 1 184 349. August Kuhn, Hamburg, Königstraße 7. Aufsatzring mit einkantstreifter Zuhaltungsfalle. — 1 184 605. Eduard Gbertes & Sohn, Cicksleben. Schuh. — 1 184 911. R. & W. Rathan, Frankfurt a. M., Hörsterstraße 31. Schuh mit Reißverschluß. — 1 184 913. Otto Zschoppig, Tuttlebert, Schendorfstraße 133. Spritzerschutzablag. — 1 184 920. Karl Wittich, Berlin S 59, Urbanstraße 34. Ueberstiefel. — 1 184 936. Gustav Altwirbenz, Birmensens, Nagelstock. — 1 185 072. Leopold Burlachs, Berlin-Hohenschönhausen, Landsberger Chaussee 31. Einrichtung an Schuhen aus kalte Kühle u. dergl. — 1 185 096. Richter & Hertel, Tuttlingen/Württemberg, Gummiablag. — 1 185 095. Chemnitzer Filzschuh- und Pantoffelfabrik Max Hartlaß, Chemnitz, Kirchstraße 1. Spannzarriage. Gymnastikschuh. — 1 185 067. Wührina & Co. A.-G., Mannsburg N., Hannoverstraße 13—15. Schuhverschluß. — 1 185 096. Arnulf Hoischeier, Pirmasens, Bauer, Alleeäu. Schuhmanschetter. — 1 185 152. Trudel Triebel, Münster, Warendorfstraße 9. Pumpschaftet in Form eines abnehmbaren Ueberstiefels mit Polsterunnaschaften. — 1 185 966. Franz Mathes, München 2 NO, Baumgartstraße 2. Sprengkappe an Kneipenletterschuhpatenten. — 1 186 135. Gebrüder Schneider, Thum i. Erzgeb. Ballschuhschlüsser. — 1 186 164. Erich Vollmer, Kolenfelde, Post Schwelbenschlüssel-Land. Schuh mit auswechselbarem Oberteil. — 1 186 174. Württemberger Landesanstalt Conrad Siefert, Tübingen bei Stuttgart. Hausschuh. — 1 186 334. Bremer Leder-Großhandels-Gesellschaft m. b. H., Bremen, Bonnstraße 3. Gummiablag mit außerhalb bzw. aufwulstsicherem Lederteil. — 1 186 726. Gummiwerke Ulrich ag. m. b. H., Geisbruchen. Gummiablag. — 1 186 74[illegible]. Gebrüder Zschoppig, A. G. m. b. H., Tittenbach a. M., Zittauerstraße 6. 32. Hausschuh. — 1 186 873. Gebr. Stommel, Wuppertal-Barmen, Nordstraße 142. Einlaßhandl. — 1 187 [illegible]. Karl Krauss, Pirmasens, Sohle für Damen, Kinderschuhe oder ähnliches Schuhwerk. — 1 187 292. Lötter & Wolf, Erbach i. Odenwald, Knöchelschutz für Sportschuhwerk. — 1 187 659. Xaver Wimmer, Planegg, Zweiteil, insbesondere für Wasser- und Schweißpen. — 1 187 710. Otto Kroeller, Berlin-Lichtenberg, Bei Gustrichen. Schuhbeschlag aus Leichtmetall. — 1 187 692. Martin Buchbinder, Nürnberg, Humboldtplatz 5. Schnürlenkschutzer. — 1 187 [illegible]. Otto Friedrich, Berlin C 54, Frankfurter Allee 11. Zehenschlepperstiefel. — 1 187 137. Paul Reiber, München, Waldstraße 13. Trockener zur Spindelführung für Schuhausweitschuh. — 1 187 643. Peter Roth, Nürnberg, Altstädter Straße 25. Schuhstrecker mit federnder Zeitenspannung aus Metall. — 1 187 705. Johannes von Zapinaer, Hamburg 3, Reimarusstraße 12. Gleitschuh für Artisten. — 1 187 716. Josef Zobel, München, Kellerstraße 37. Einlegbare Zehenpflaster. — 1 187 754. Schuhfabrik Franken G. m. b. H., Haßfurt in Bayern. Schuh mit bayern. Schnitt. — 1 190 223. Waldenfabrik Worms A. G., Frankfurt a. M., Solmsstraße 33. Schuhwerk. — 1 190 236. Richard Rindchen, Pirmasens. Sohlenverbindung an Schuhwerk. — 1 190 541. Hermann Bletterstein, Hattingen a. d. Ruhr. Gummiablag mit Einlage aus Weichmetall zwecks Verschleißersparnis. — 1 190 378. Zähflüssige Kernkautschukfabrik W. Michaß & Sohn, Arnstal bei Dresden. Obere Dresdner Straße 6. Pneumatisches Verkleiden für Sohlenbrennen zum Formen von orthopädischen Schuhleisten. — 1 190 429. Rudolf & Bender, Hirschberg i. Bl. Gelenkstück für Schuhe. — 1 190 454. Paul Winter, Dresden-A. Wormser Straße 15. Auswechselbarer Absatzfleck. — 1 190 066. Karl Göpfert, Landesbut 1. Zehl. Schuhwerk mit Befestigung. — 1 190 345. Firma Gustav Hoffmann, Aachen 1. Abdichtungsmittel für Schuhwaren. — 1 190 558. Camilla Fritte, geb. Harzer, Dresden-A. Canalettostraße 14. Ablag. für Schuhwerk. — 1 190 [illegible]. Robert Schuer, Limbach i. Sachsen. Schuhdichtung. — 1 191 148. Neumann & Cie., Köln, Minoritenstraße 21a. Gummistandale mit um den Backen liegender Spange. — 1 191 156. Heinrich Moderholz und Paul Tumlitz, Holzhausen bei Leipzig. Able mit Randleiter und auswechselbarer Feder.

Bei an Anmeldung von Erfindungen erteilt das Patentbüro Ingenieur Müller & Co., G. m. b. H., Leipzig unseren Abonnenten Rat und Auskunft kostenlos.

Schuh-Industrie und -Handwerk

Zum Konflikt bei Salamander

Im Lohnstreit der Salamander-Schuhfabrik hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses den beiden Parteien einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Danach soll die Entscheidung über die Zulässigkeit einer generellen Senkung der Zeitlohnzulagen von einer gutachtlichen Aeußerung des Zentraltarifamtes abhängig gemacht werden. Die Firma und die Arbeiter haben dem Vorschlag zugestimmt. Der Betrieb ruht seit Mittwoch, den 20. Januar, vollständig

Preissenkung und Schuhverkauf

Der Preiskommissar hat jetzt in einer neuen Aussprache mit Vertretern der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels erklärt, daß man auch bei Schuhen und Textilien nach einer Möglichkeit sehen müsse, die Preise weiter zu senken. — Jedenfalls konnte man es nicht als berechtigt ansehen, daß die Handelskreise mit der Formel operierten: „Notverordnung bereits befolgt." Den Handelskreisen kommt die Lohnsenkung, die Zinssenkung usw., die die Notverordnung brachte, ebenfalls zugute. Wenn auch die erhöhte Umsatzsteuer einwirkt, so mußte dennoch die Kalkulation ein neues Ergebnis zeitigen. Die Herren müssen sich zumindest dazu bequemen, ihre persönlichen Bedürfnisse ebenfalls einzuschränken, und zwar in dem Maße, wie dies zwangsweise bei den Arbeitern geschah.

Preisverzeichnis für Schuhreparaturen

Der Preiskommissar hat soeben nachstehend im Wortlaut wiedergegebene Verordnung erlassen, die am 28. Januar 1932 in Kraft tritt:

§ 1.

Wer gegen Entgelt Schuhreparaturen vornimmt, hat deutlich sichtbar in seinem Geschäfts- oder Betriebsraum und außerhalb desselben ein Preisverzeichnis anzubringen.

§ 2.

Bei Schuhreparaturen nach Qualität I ist rein eichenlohgegerbtes Kernsohlleder zu verwenden, d. h. Leder, das nur in der Gerbe ohne Nachbehandlung und vorwiegend mit Eichenlohe gegerbt ist.

§ 3.

Bei Schuhreparaturen nach Qualität II können alle übrigen Lederqualitäten verwandt werden mit Ausnahme von Leder aus Hals-, Kopf- und Bauchteilen sowie Leder unter der Stärke von 3½ Millimeter.

§ 4.

Bei Schuhreparaturen nach Qualität III kann Leder aus Hals-, Kopf- und Bauchteilen sowie Leder unter der Stärke von 3½ Millimeter verwandt werden.

§ 5.

Oeffentliche Ankündigungen von Schuhreparaturen müssen eine Preis- und Qualitätsangabe nach § 1 enthalten.

§ 6.

Sämtliche Fabriken, die Unterleder herstellen, sind verpflichtet, auf ihren Krupons und Häuten einen Firmenstempel anzubringen.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am 28. Januar 1932 in Kraft.

Die Qualitätsabstempelung hat man fallen gelassen, den Fabrikanten wird nur zur Pflicht gemacht, ihren Firmenstempel (wo? wie oft?) auf Krupons und Häuten anzubringen. Für den Verbraucher wird dadurch nicht das geringste erreicht, denn die Möglichkeiten, Verfehlungen als solche nachzuweisen, bleiben außerordentlich schwer.

Preisnotierung des Leders merkbar im Rückgang!

Die Großhandelspreise in Leder, also diejenigen Preise, die der Schuhfabrikant zu erlegen hat, sind weiterhin merkbar im Rückgang begriffen, dies zeigt auch die jüngste Notierung an der Kölner Lederbörse. Die angegebenen Preise sind Großhandelspreise erste Qualität aus erster Hand. In der Regel kauft der Schuhfabrikant als Großabnehmer noch billiger ein.

Die Schuhwarenproduzenten profitieren zur Zeit also nicht nur an der 15prozentigen Tariflohnsenkung, es kommen ihnen gleichzeitig auch noch die Erleichterungen auf dem Ledermarkt zugute. Unverständlich und sehr bezeichnend, daß gewisse Schuhfabrikanten angesichts dessen an der enormen Lohnsenkung noch nicht satt bekommen haben und Lohnkonflikte heraufbeschwören, weil sie auch noch die Leistungslöhne drücken möchten.

Nachstehende Tabelle zeigt das Ausmaß des Preisabschlags für Leder:

Preisnotierungen der Kölner Lederbörse

Sohlleder pro Kilo in Mark; Oberleder pro Quadratfuß in Mark:

Art des Leders	1928 9. Mai	1931 21. Oktober	1932 18. Januar
Eiche, Sohlleder in Hälften	5.60—6.60	4.10—4.60	3.85—4.35
in Kernstücken	7.90—9.40	6.00—6.50	5.70—6.20
Zahnvache in Hälften	5.10—5.60	2.65—3.05	2.50—2.90
in Kernstücken	7.10—8.10	4.50—5.35	4.35—5.20
Wildvache in Hälften	4.60—5.50	2.35—2.85	2.20—2.80
in Kernstücken	6.50—8.00	3.80—5.05	3.65—4.90
Hälse	3.90—4.60	2.10—2.50	—
Seiten	3.10—4.10	1.25—1.65	1.20—1.60
Spalte lohgar lisiert			
in Kernstücken	—	1.60—2.50	1.40—2.20
Rindbox, schwarz	1.53—1.75	—	—
farbig	1.68—1.88	—	—
Boxkalf schwarz	2.18—2.38	—	—
farbig	2.43—2.78	—	—
Roßchevreau, schwarz	—	—	—

Mitteilungen

Eppendorf

Unhaltbare Zustände

„Endlich soweit!" So sonnen die Arbeitgeber jetzt ausrufen. Die Arbeiter arbeiten, ohne daß sie für ihre Arbeit Geld mit nach Hause nehmen können, denn der Verdienst geht für Versicherungsbeiträge auf. Bei der Firma Haug & Leonhardt in Eppendorf wurde der Betrieb ab Heiligabend bis zum 4. Januar 1932 geschlossen, ohne daß darnach gefragt wurde, ob die Arbeiter etwas zum Leben haben oder nicht. Die Belegschaft hatte nun Zeit und Gelegenheit, am sogenannten „Fest der Liebe" darüber nachzudenken, wie ein reichlich gedeckter Gabentisch aussehen könnte....

Nach der Wiedereröffnung des Betriebes war natürlich nicht sofort ausreichend Arbeit vorhanden, so daß bei der nächsten Lohnzahlung Leute mit 50 Pfennig, ja sogar ohne einen Pfennig (!) Lohn nach Hause gehen mußten. Ob der Firma nicht der Gedanke gekommen ist, daß es ganz unmöglich ist, daß ihre Arbeiter, noch dazu Familienväter von den paar Pfennigen eine Woche lang leben können? Es hätte der Firma offenbar nichts geschadet, wenn sie ihren Leuten einen Vorschuß gegeben hätte, weil sie schon nicht für genügend Arbeit sorgen konnte, was wir übrigens begreifen können. Sie hatte im Hochfall 1000 RM zur Verfügung stellen brauchen. In einem Vierteljahr wäre das Geld wieder hereingewesen. Es wäre der Firma höchstens ein Zinsverlust von 20 bis 30 RM entstanden. Wir meinen, soviel sollte ihr die Arbeiterschaft wohl wert sein.

Der durch Notverordnung diktierte Lohnabbau wird hier rücksichtslos durchgeführt, obwohl die Löhne in einzelnen Sparten schon unter dem Stand von 1927 liegen. Mit diesen Dingen wird sich noch eine andere Stelle beschäftigen müssen. Die Grenze des Erträglichen ist jedenfalls nun erreicht. Die Arbeiterschaft wird nicht an dem durch Vertrag garantierten Lohn rütteln lassen. Der Schuhmacherverband, die berufene Organisation der Schuhfabrikarbeiter, wird sich mit all den Fragen, die das Lohn- und Arbeitsgebiet berühren, einmal gründlich beschäftigen und der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen.

Kollegen, Kolleginnen! Es geht nunmehr um die elementarste Forderung, die Erhaltung ausreichender tariflicher Entlohnung! **Darum haltet restlos zu eurer Organisation, dem Schuhmacherverband!**

Gewerkschaftsbewegung

Zurückgehalt

Wir berichteten in voriger Nummer, daß das Sedewitz-Blatt „Sozialistische Wochenzeitung" einen Aufsatz gebracht hatte, in dem unsere Arbeiterbank als „gefährdet" verdächtigt wurde. Nach einer Aussprache hat sich nunmehr die „Sozialistische Wochenzeitung" bereitgefunden, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der sie anerkennt, daß die Arbeiterbank durchaus liquide und in keiner Weise gefährdet ist, und daß sie bedauert, einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein. Es habe der Zeitung nichts ferner gelegen, als eine Schädigung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. — Die Bodbritpolitik, die nirgend anderswo so ihre Blüten treibt wie bei den „oppositionellen" Arbeitergruppen, verleitet diese immer wieder zu solchen schäbigen Angriffen auf die eigenen Einrichtungen. Nicht immer wird, wie vorliegend, das Unrecht wenigstens nachträglich eingesehen.

Eine halbe Stunde Protest-Streik gegen Streikbrecher

Die Arbeiterschaft der Salamanderwerke, die am Freitag die Arbeit wieder aufnahm, hat am Samstag, den 23. Januar, vormittags, als Protest gegen die Streikbrecher im gesamten Betrieb die Arbeit eine halbe Stunde ruhen lassen.

Leider hatten sich bei diesem Arbeitskampf einige gefunden, die glaubten, keine Solidarität üben zu sollen und dem Unternehmer zuliebe zum Streikbrecher wurden. Durch die impolante Arbeitsniederlegung, die restlos durchgeführt worden ist, hat die Arbeiterschaft ihren ganzen Abscheu gegenüber diesem erbärmlichen Tun zum Ausdruck gebracht. Wie stark einzelne Streikbrecher der Zuschneider von ihrem schändlichen Verrat erfüllt sein mögen, zeigt, daß sie selbst nicht mehr den Mut hatten, in dieser halben Stunde zu arbeiten und ebenfalls die Arbeit ruhen ließen. Damit haben sie gegen ihren Verrat, begangen in ihren Kollegen, selbst protestiert. Auf diese „ehrenwerten" Zeitgenossen werden wir bei einer besonderen Gelegenheit noch zurückkommen.

Literatur

„Gewerkschafts-Archiv." 1. Monatsheft 1932. Verlag der Monatsschrift Kurt Zwing. Verlagsbuchhandlung Jena. Heftpreis 1.20 Reichsmark.

Der Leitartikel enthält einen Aufsatz zur Kritik der gewerkschaftlichen Tarifohnepolitik. Zur Beurteilung der Tarifpolitik der Reichsregierung ist das in drei Aufsätzen, über den Lohnabbau, über die Diskussion um die Aufloderung des Tarifvertrages und über die Tarifgerichtsbarkeit gebrachte Material sehr beachtenswert.

Die größte Verbraucherorganisation Deutschlands, die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend, legt ihren Geschäftsbericht vor, die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931 umfassend. Der Jahresumsatz des gemeinwirtschaftlichen Unternehmens der Berliner Verbraucher beliefe sich auf 76 Mill 876 RM, gegenüber dem Vorjahresergebnis ist eine Umsatzminderung um 4,1 Prozent eingetreten. Umsatzerschwerend ist der Umsatzrückgang wesentlich geringer als im Privathandel, bei dem er 10 bis 15 Prozent betragen dürfte. Das Gesamtbild des Berichts zeigt die Genossenschaft im Vorwärtsschreiten — allen wirtschaftlichen Bedrängnissen zum Trotz vermag die Genossenschaft das in jader Arbeit errungene Feld nicht nur zu behaupten, sondern wenn auch in verlangsamtem Tempo zu erweitern.

„Soziale Bauwirtschaft." Bauzuschreibung einschl. Aufwertungsgebühr vierteljährl. 2 RM. Aus einer aufschlußreichen Abhandlung über die Kosten einer Neubauwohnung im Jahre 1930 ergibt sich, daß die Gesamtherstellungskosten einer 2,2 Zimmer Wohnung in den Großstädten rund 10000 RM. und auf dem Lande 7000 RM. kosteten. Den Gründen dieser Kostenstellung des Statistischen Reichsamtes wird in der Abhandlung nachgegangen. Der übrige Inhalt der reichhaltigen Nummer enthält Beiträge zur Baufparkassenfrage und anderes.

Zentraltarifamt für die Schuhindustrie

Tagesordnung

für die am Montag, den 1. Februar 1932, nachmittags 4 Uhr, im „Weisterhof" zu Berlin, W. 9, Köthener Straße 38, stattfindende Sitzung des Zentraltarifamtes für die Schuhindustrie.

Einziger Punkt:

Antrag des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie auf Abgabe einer gutachtlichen Aeußerung betr. Senkung von Zulagen bei Zeitlöhnern.

Berlin, den 23. Januar 1932.

Der Vorsitzende:

gez. Dr. Gerkel, Senatspräsident.

Hermann Kube gestorben

Nach mehrwöchigem Krankenlager verschied am 17. Januar der langjährige Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Freien Gewerkschaftsbundes Hermann Kube. Von einem Schlaganfall, den Hermann Kube im November 1931 erlitten, hat er sich niemals richtig erholt.

Kube wurde in Torgau geboren und war von Beruf Zimmerer. In seiner Berufsorganisation, der er seit 1889 als Mitglied angehörte, bekleidete er von 1889 bis 1903 das Amt eines beisoldeten Kassierers der Zahlstelle Berlin. Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandsausschusses betraut. Im Jahre 1902 wurde er vom Stuttgarter Gewerkschaftskongreß in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Seit deren Uebersiedlung nach Berlin, im Jahre 1903, versah er nun das Amt des Bundeskassierers. In der fast dreißigjährigen Tätigkeit hat er sich zweifellos das Vertrauen der Gewerkschaften erworben. Die Erfolge des ADGB. waren nicht möglich gewesen, wenn neben anderen nicht auch die Kassenverhältnisse in sehr Ordnung gehalten wurden. Kube war nicht nur Kassierer des Bundesvorstandes, sondern auch Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft des ADGB. Er war Mitbegründer der Volksfürsorge, deren Aufsichtsrat er angehörte, er war ferner Aufsichtsratsmitglied der Arbeiterbank, des Verbandes sozialer Baubetriebe, der Zentrale (Deutsche Wohnungsfürsorge AG.) und des Lindcars-Sparkaufwerks. Ueberall erfreute sich Hermann Kube des besten Ansehens. Bis zuletzt hat er seine Pflicht erfüllt. Ein beschaulicher Lebensabend sollte ihm nicht vergönnt sein. Wir werden des alten Freundes noch lange gern gedenken.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Die neuen Postgebühren

Vom 15. Januar 1932 an gelten folgende Sätze für:

Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 8 ₰, über 20 bis 250 g 15 ₰, über 250 bis 500 g 20 ₰; im Fernverkehr (einschl. Saargebiet) bis 20 g 12 ₰, über 20 bis 250 g 25 ₰, über 250 bis 500 g 40 ₰.

Postkarten im Ortsverkehr 5 ₰, im Fernverkehr 6 ₰.

Drucksachen in Form einfacher, ohne Umschlag versandter Karten, auch mit anhängender Antwortkarte 3 ₰, dann (mit Umschlag) bis 20 g 4 ₰, über 20 bis 50 g 5 ₰, über 50 bis 100 g 8 ₰, über 100 bis 250 g 15 ₰, über 250 bis 500 g 30 ₰, über 500 g bis 2 kg gelten als Päckchen und müssen entsprechende Aufschrift tragen.

Geschäftspapiere bis 250 g 15 ₰, über 250 bis 500 g 30 ₰.

Warenproben bis 250 g 15 ₰, über 250 g bis 500 g 30 ₰.

Eilbestellungen (außer dem gewöhnlichen Porto) bei Vorausbezahlung durch den Absender für Briefsendungen (einschl. Paketkarten) nach dem Ortsbestellbezirk 40 ₰, nach dem Landbestellbezirk 80 ₰, für Pakete nach dem Ortsbestellbezirk 60 ₰, nach dem Landbestellbezirk 1.20 RM.

Einschreiben 30 ₰.

Postanweisungen bis 10 RM 20 ₰, über 10 bis 25 RM 30 ₰, über 25 bis 100 RM 40 ₰, über 100 bis 250 RM 60 ₰, über 250 bis 500 RM 80 ₰, über 500 bis 750 RM 1 RM, über 750 bis 1000 RM 1.20 RM.

Zahlkarte mit Einzahlungen bis 10 RM 10 ₰, von mehr als 10 bis 25 RM 15 ₰, 25 bis 100 RM 20 ₰, 100 bis 250 RM 25 ₰, 250 bis 500 RM 30 ₰, 500 bis 750 RM 40 ₰, 750 bis 1000 RM 50 ₰, 1000 bis 1250 RM 60 ₰, 1250 bis 1500 RM 70 ₰, 1500 bis 1750 RM 80 ₰, 1750 bis 2000 RM 90 ₰, 2000 RM und mehr 1 RM.

Pakete. Für jedes Paket sind 15 ₰ Zustellgebühr zu entrichten, wenn es nicht abgeholt wird. Die Zustellgebühr kann auch vom Absender vorausgezahlt werden. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben. Für nichtfreigemachte Pakete bis 5 kg einschließlich wird neben dem Portofehlbetrag ein Gebührenzuschlag von 10 ₰ nach erhoben.

Die neuen Paketgebühren betragen im einzelnen:

Pakete	Gebühr 1. Zone bis 75 km Mk.	2. Zone über 75—150 km Mk.	3. Zone über 150—375 km Mk.	4. Zone über 375—750 km Mk.	5. Zone über 750 km Mk.
bis ..... 5 kg	0.30	0.40	0.60	0.80	0.60
„ ..... 6 „	0.35	0.50	0.80	0.90	1.—
„ ..... 7 „	0.40	0.60	1.—	1.20	1.40
„ ..... 8 „	0.45	0.70	1.20	1.50	1.80
„ ..... 9 „	0.50	0.80	1.40	1.80	2.20
„ ..... 10 „	0.55	0.90	1.60	2.10	2.60
„ ..... 11 „	0.65	1.05	1.80	2.55	2.90
„ ..... 12 „	0.75	1.20	2.—	2.60	3.20
„ ..... 13 „	0.85	1.35	2.20	2.85	3.50
„ ..... 14 „	0.95	1.50	2.40	3.10	3.80
„ ..... 15 „	1.05	1.65	2.60	3.35	4.10
„ ..... 16 „	1.15	1.80	2.80	3.60	4.40
„ ..... 17 „	1.25	1.95	3.—	3.85	4.70
„ ..... 18 „	1.35	2.10	3.20	4.10	5.—
„ ..... 19 „	1.45	2.25	3.40	4.35	5.30
„ ..... 20 „	1.55	2.40	3.60	4.60	5.60

Im Paketverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wird die Gebühr der jeweilig nächstniedrigeren Zone in Ansatz gebracht.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 24. bis 30. Januar ist der 5. Beitrag fällig

Betrifft: Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlung.

Zählung ist Sonnabend (Samstag) der 30. Januar. Alle Zahlstellen müssen pünktlich berichten. Die den Zahlstellen beigefügten Anschreiben sind ganz besonders zu beachten. Neugewählten Ortsverwaltungsmitgliedern ist die Wichtigkeit der monatlichen Berichterstattung eindringlich verständlich zu machen. Wichtig frankieren!

Ausschluß aus dem Verbande.

Auf Antrag der Zahlstelle Weißenfels hat der Vorstand beschlossen, das Mitglied Franz Kleine, Buch Nr. 74317, geboren am 15. Juni 1899 in Weißenfels, eingetreten am 22. August 1915 in Weißenfels, auf Grund des § 8 Ziffer 2 Absatz b und c des Statuts wegen verbandsschädigenden Treibens mit sofortiger Wirkung aus dem Verbande auszuschließen.

Nürnberg, den 23. Januar 1932. Der Vorstand.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Hochdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Treffler, Nürnberg 2 (Abbollach) — Verlag: Zentralvorstand der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).